

Wirtschaftliche Auswirkung von „1989“ auf Österreich

Fritz Breuss

Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien)

(Fritz.Breuss@wu.ac.a)

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien

(Fritz.Breuss@wifo.ac.at)

Beitrag zum Sammelband
AUSTRIACA – Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde (IÖK)

Wolfgang Müller (Hg.):

**1989. Die Samtenen Revolutionen,
Österreich und die Transformation Europas**

AUSTRIACA, nap: new academic press

Wien, 2017, S. 197-231

Abstract

Die Ostöffnung hat vor allem den „Außenhandelsraum“ für die österreichische Wirtschaft maßgeblich erweitert. Dadurch haben nicht nur die Handelsaktivitäten mit den mittel- und osteuropäischen Staaten und ab 2004 mit den neuen EU-Mitgliedstaaten stark zugenommen, Österreichs Unternehmer haben sehr zügig die neuen Standortmöglichkeiten für Produktion und Dienstleistungen via Direktinvestitionen ausgeschöpft. Mit dieser „Mini-Globalisierung“, die für Österreich wirtschaftlich viele positive Effekte (mehr Handel, mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung) gebracht hat, waren auch einige negative Aspekte verbunden, wie z.B. das Sinken der Lohnquote und die Verlagerung von Arbeitsplätze ins Ausland.

Durch die Teilnahme an allen Integrationsschritten seit 1989 (Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung) konnte Österreich sein reales BIP zusätzlich jährlich um ½% bis 1% steigern.

Keywords: European Integration, EU Eastern Enlargement, Austria

JEL Classification: F02, F15, O52.

Visitenkarte - Autor:

Fritz Breuss (* 6. 9. 1944 in Feldkirch) ist Jean-Monnet Professor für wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Seit Oktober 2009 emeritierter Professor für Internationale Wirtschaft an der WU. Er leitet am WIFO den Forschungsschwerpunkt "Internationale Wirtschaft".

Fritz.Breuss@wu.wien.ac.at; Fritz.Breuss@wifo.ac.at

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Chance für Österreichs EU-Integration	2
3. Öffnung neuer Märkte im Osten	5
3.1 Beginn der „Mini“-Globalisierung	5
3.1.1 ... durch Außenhandel	6
3.1.2 ... und Direktinvestitionen	9
<i>Kasten 1: Das „Ost-Engagement“ österreichischer Banken</i>	12
3.2 Die Kehrseite der Globalisierung	14
3.2.1 Druck auf die Löhne	15
3.2.2 Verlagerung von Arbeitsplätzen	16
3.2.3 Globalisierung fördert Outsourcing	18
3.2.2 Versteinerung der Außenhandelsstruktur	19
3.2.3 Auf Euphorie folge Ernüchterung	21
4. Mehr Dynamik und Wandel in Österreichs Wirtschaft	22
4.1 Höheres Wirtschaftswachstum	22
4.2 Starker Strukturwandel	25
5. Die Folgen für die weitere EU-Integration Österreichs	26
5.1 Große Erwartungen	26
5.2 Was hat die Europaintegration Österreichs seit 1989 gebracht?	26
<i>Kasten 2: Eingeschränkte Freizügigkeit anlässlich der EU-Erweiterung ab 2004</i>	27
6. Schlussfolgerungen	30
7. Literatur	31

1. Einleitung¹

Nach Jahrzehnten des Kalten Krieges wurde im Sommer 1989 der Eiserne Vorhang durchschnitten und ein paar Monate später fiel in Berlin die Mauer zwischen Ost und West. Das hat nicht unmittelbar etwas mit der EU zu tun, denn die kommunistische Planwirtschaft und Unterdrückungsherrschaft war total morsch und reif für eine Implosion. Das Jahr 1989 markiert aber – mehr noch als der Beginn der Französischen Revolution 1789 – eine unblutige Revolution im Osten mit einschneidenden Ereignissen: der Zerfall der Supermacht UdSSR und seines Militärbündnisses Warschauer Pakt sowie die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die ehemaligen Ostblock- bzw. RGW- und Warschauer-Pakt-Staaten wurden in die Unabhängigkeit entlassen. Der Beginn der friedlichen Wiedervereinigung Europas war damit möglich geworden.

Das Jahr 1989 mit seinen Umbrüchen im Osten ist nicht nur historisch bedeutend für Europa, sondern es markiert auch eine weltpolitische Zäsur. Das Regime des Kommunismus und der Planwirtschaft, das in Osteuropa ein dreiviertel Jahrhundert herrschte, zerbrach. Man muss nicht unbedingt die plakative Metapher vom „Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama (1992) bemühen, um zu erkennen, dass seit 1989 Demokratie und Marktwirtschaft über Kommunismus und Planwirtschaft gesiegt haben.

Die EU hat nach der Ostöffnung 1989 relativ rasch auf die neuen Möglichkeiten im Osten mit Handelserleichterungen und einem Angebot zur EU-Mitgliedschaft reagiert. Noch rascher als in die EU, drängten die Staaten Mittel- und Osteuropas (die MOEL) in die NATO. Das Sicherheitsbedürfnis war in diesen Staaten offensichtlich noch größer als der Wunsch, wirtschaftlich am Binnenmarkt der EU teilzunehmen.

Österreich hat als Randstaat zum Eisernen Vorhang die Ostöffnung aus mehreren Gründen begrüßt. Zum einen hat der Wegfall des Stacheldrahts die politische Sicherheit erhöht, zum anderen konnte es die neuen wirtschaftlichen Chancen im Osten durch vermehrte Exporte und Direktinvestitionen relativ rasch und erfolgreich nützen. Und Österreich rückte politisch-geografisch von einer östlichen Randlage ins Zentrum Europas.

2. Chance für Österreichs EU-Integration

Nicht zuletzt der Zusammenbruch des Kommunismus (Fall der Berliner Mauer 1989 und die deutsche Wiedervereinigung 1990; Auflösung von UdSSR, Warschauer Pakt und RGW 1991) hat dem neutralen Österreich die Chance eröffnet, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU

¹ Dieser Beitrag stützt sich zum Teil auf frühere Analysen der Auswirkungen des „Ostfaktors“ auf Österreichs Wirtschaft (Vgl. Breuss, 2010B und 2014B).

zu stellen. Am 17. Juli 1989 überreicht Außenminister Alois Mock – nachdem er in einem symbolischen Akt zusammen mit seinem ungarischen Amtskollegen Gyula Horn am 27. Juni 1989 den Stacheldrahtzaun (Symbol des „Eisernen Vorhangs“) an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Sopron durchschnitten hatte - dem EG-Ratspräsidenten Roland Dumas das formelle Beitrittsgesuch Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften (Vgl. Gehler, 2002, Band 2: Dokumente, S. 468; Breuss, 1996). Nach der relativ positiven Stellungnahme der Kommission (Avis) im April 1991 begannen die Beitrittsverhandlungen, die am 1. Jänner 1995 zum EU-Beitritt führten². Zwischenzeitlich hat Österreich noch als EFTA-Mitglied ein Jahr lang (1994) dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehört (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Eine kurze Integrationsgeschichte Österreichs seit der Ostöffnung

1989	Ostöffnung - Fall der Berliner Mauer (9. November) * Österreich stellt EG-Beitrittsantrag (17. Juli)
1990	Deutsche Wiedervereinigung (3. Oktober)
1991	Zerfall der UdSSR, Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW
1993	Europäischer Rat in Kopenhagen: Einladung an die MOEL, der EU beizutreten (22. Juni) * Kopenhagener Beitrittskriterien * Europaabkommen - asymmetrische Handelsliberalisierung EU-MOEL * EU-Binnenmarkt
1994	EWR-Teilnahme Österreichs
1995	4. EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden (EU-15)
1999	Start der WWU - Euro-Raum mit 11 EU-Mitgliedstaaten
2001	Griechenland tritt dem Euro-Raum bei
2002	Der Euro wird gesetzliches Zahlungsmittel im Euro-Raum
2004	5. EU-Erweiterung (EU-25) (1. Mai)
2007	Abschluss der 5. EU-Erweiterung (EU-27) * Slowenien tritt dem Euro-Raum bei
2008	Malta und Zypern treten dem Euro-Raum bei
2009	Die Slowakei tritt dem Euro-Raum bei
2010	Ausbruch der "Griechenland-Krise" und danach der "Euro-Krise"
2011	Estland tritt dem Euro-Raum bei
2013	6. EU-Erweiterung (EU-28): Kroatien tritt der EU bei (1. Juli)
2014	Lettland tritt dem Euro-Raum bei Start der Bankenunion mit der Bankenaufsicht bei der EZB * Start der Bankenunion mit der Bankenaufsicht bei der EZB
2015	Litauen tritt als 19. Mitglied dem Euro-Raum bei * Flüchtlingskrise in der EU

Zeitlich parallel zu den Verhandlungen mit Österreich, Finnland, Norwegen (dieses Land hat in einem Referendum 1994 den EU-Beitritt zum zweiten Mal seit 1972 abgelehnt) und Schweden hat die EU zahlreiche Integrationsschritte gesetzt. Relativ früh wurde mit den

² Die genauen Schritte und innenpolitischen Prozesse vom Beitrittsantrag bis zum EU-Beitritt zeichnet Gehler (2002), untermauert mit vielen Dokumenten, genau nach.

MOEL eine gehobene handelspolitische Integration durch die Europaabkommen (EA) vereinbart. Damit war neben einer asymmetrischen Liberalisierung des bilateralen Handels (die EU beseitigte die Zollschränken 1997, die MOEL 2002) zwischen der EU und den MOEL auch eine „Beitritts-Option“ verbunden. Der Europäische Rat in Kopenhagen hat am 22. Juni 1993 explizit die MOEL eingeladen, EU-Mitglieder zu werden, sofern sie die sogenannten Kopenhagener Kriterien (Demokratie, Marktwirtschaft, Mitgliedschaftsverpflichtungen, Aufnahmefähigkeit) erfüllen (Vgl. EU, 1993, S. 13). Zuvor wurde durch den Vertrag von Maastricht per 1. Jänner 1993 der Binnenmarkt in Kraft gesetzt, der durch die vier Freiheiten (Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) die Wirtschaftsdynamik in der EU heben sollte. Da dies in einer Zwischenbilanz noch nicht erkennbar war, hat der Europäische Rat im März 2000 in der Lissabon-Agenda für das kommende Jahrzehnt (bis 2010) das ehrgeizige Wachstumsziel, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“, ausgerufen. Angesichts des bescheidenen Erfolgs der „Lissabon-Agenda“ (Vgl. Breuss, 2008) gibt es seit 2010 mit der Strategie „Europa 2020“ (Vgl. EU, 2010) eine Neuauflage der EU-Wachstumsstrategie als Begleitprogramm zum EU-Binnenmarkt.

Am 1. Jänner 1995 – nach viereinhalbjährigen Verhandlungen – wurden Finnland, Österreich und Schweden im Rahmen der vierten EU-Erweiterung Mitglieder der EU. Damit wuchs die EU auf 15 Mitglieder an.

Der nächste große integrationspolitische Schritt der EU war der Start der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Jänner 1999 und die Einführung des Euro (2002) als gesetzliches Zahlungsmittel. Die WWU hat mit 11 Mitgliedern gestartet und ist seit 2015 auf 19 Mitglieder angewachsen.

Der Beitrittsprozess – die EU-Erweiterung gegenüber dem Osten Europas – dauerte rund 10 Jahre. Im Juni 1993 sprachen die Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rats in Kopenhagen die Einladung an die MOEL aus, Mitglieder der EU zu werden. Die konkreten Verhandlungen begannen im März 1998 mit zunächst sechs Ländern, gefolgt von den restlichen sechs im Februar 2000. Zuvor (im Juli 1997) hat die Europäische Kommission zur Vorbereitung auf die große EU-Erweiterung in der „Agenda 2000“ die notwendigen institutionellen und politischen Reformen (GAP, Strukturpolitik) und den Finanzbedarf beschrieben. Beschlossen wurde sie vom Europäischen Rat im März 1999 in Berlin. Der Beitrittsvertrag wurde wiederum auf der Sitzung des Europäischen Rats in Kopenhagen im Dezember 2002 abgeschlossen (daher war es ein Beitrittsprozess von „Kopenhagen bis

Kopenhagen“). Nach der Ratifikation fand der EU-Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 statt. Die EU-15 wurde um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern auf EU-25 aufgestockt. Die fünfte und größte EU-Erweiterungsrunde fand mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens als neue Mitglieder am 1. Jänner 2007 ihren Abschluss. Am 1. Juli 2013 trat in der 6. EU-Erweiterung als vorläufig letztes Land Kroatien der EU bei, sodass die erweiterte Union auf 28 Mitglieder angewachsen ist.

Die nunmehr erweiterte EU-28 hat 512 Mio. Einwohner (USA 322 Mio.) und erwirtschaftet ein Brutto-Inlandsprodukt von 14.611 Mrd. KKS (Kaufkraftstandards) (USA 13.806).

Allerdings hat die Aufnahme ärmerer Staaten aus Mittel- und Osteuropa das durchschnittliche BNE pro Kopf der EU-28 auf 28.567 gesenkt (USA 42.945).

Parallel zu diesen integrationspolitischen Ereignissen hat sich die EU auch selbst immer wieder institutionell durch Änderungen der Verträge erneuert: Die erste Erneuerung erfolgte 1987 noch vor der Ostöffnung mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA). Der Binnenmarkt und die WWU sind primärrechtlich im Maastricht-Vertrag von 1993 niedergelegt. Der Amsterdam-Vertrag (1999) war nur ein Zwischenspiel zum Nizzavertrag (in Kraft seit 1. Februar 2003). Nachdem der Verfassungsvertrag an den negativen Referenda in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert war, wurde als Ersatz für den Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft gesetzt.

3. Öffnung neuer Märkte im Osten

Österreichs Wirtschaft konnte durch die Ostöffnung sein Produktions- und Außenhandelspotential um rund 1/10 steigern (Vgl. Breuss, 2005). Zusätzlich zu der durch den EU-Beitritt 1995 ermöglichten weiteren Westöffnung hat das Jahr 1989 und später die EU-Erweiterung eine stärkere Ostöffnung und damit eine stärkere Dynamisierung der österreichischen Wirtschaft ermöglicht. Damit konnte Österreich auch zum ersten Mal stärker an der Globalisierung teilnehmen.

3.1 Beginn der „Mini“-Globalisierung

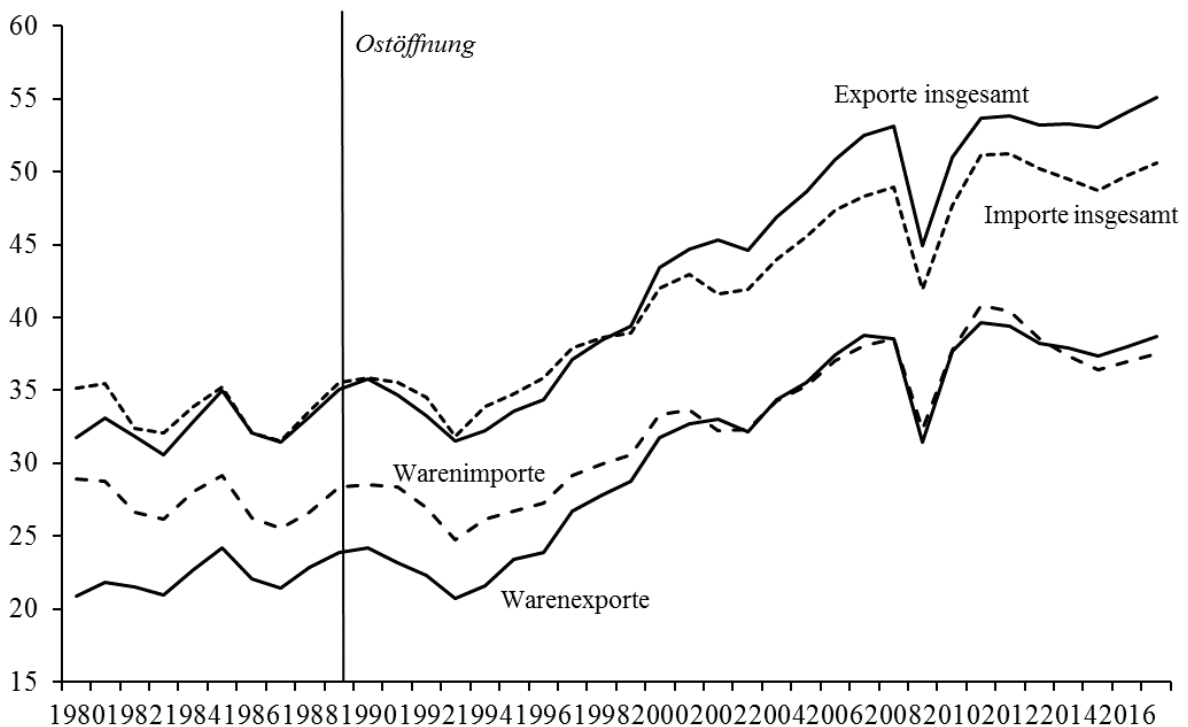
Während etwa die Schweiz stärker an der weltweiten Globalisierung beteiligt ist (Vgl. Breuss, 2007D), d.h. sein Exportradius breiter auf die Industriestaaten und Schwellenländer (BRICs) ausgedehnt hat, nimmt Österreich stärker an der „Mini“-Globalisierung teil. Darunter verstehe ich die Verflechtung der österreichischen Volkswirtschaft via Außenhandel und Direktinvestitionen mit den MOEL.

3.1.1 ... durch Außenhandel

Der deutliche Trendbruch in der Außenhandelsorientierung Österreichs (d.h. in der zunehmenden Globalisierung) lässt sich am steileren Anstieg der Export- und Importquoten ablesen. Diese Entwicklung hat kurz nach der Ostöffnung Anfang der neunziger Jahre eingesetzt, wurde begünstigt durch den EU-Beitritt und die damit ermöglichte stärker Teilnahme am EG-Binnenmarkt und gewann neue Impulse durch die EU-Erweiterung. Die Große Rezession hat im Jahr 2009 sowohl im Welthandel als auch im österreichischen Außenhandel zu einem starken Einbruch geführt (siehe Abbildung 1).

Die Ostöffnung und noch stärker die EU-Erweiterung hat aber auch eine beachtliche Umlenkung der Handelsströme von West nach Ost bewirkt (siehe Tabelle 2 und Abbildung 2).

Abbildung 1: Zunehmende Globalisierung via Außenhandel
(Export- und Importquoten: Exporte und Importe in % des BIP)



Exporte und Importe insgesamt= Waren plus Dienstleistungen
Quellen: FIW und WIFO

Bis zum EU-Beitritt 1995 stieg der Anteil der Exporte in die EU-15 um rund fünf Prozentpunkte, während jener mit Osteuropa nur mäßig zunahm. Seither schrumpfte der Anteil mit der EU-15 um rund 10 Prozentpunkte, während er mit Osteuropa um fast 10 Prozentpunkte anstieg, jener mit den 13 neuen EU-Mitgliedstaaten (und mit den MOEL-29; hier dämpften die Sanktionen gegen Russland seit 2014 den Handel; siehe auch Christen et

al., 2014) um rund sechs Prozentpunkte. Der Handel mit dem Rest der Welt ist seit 1995 um rund 10 Prozentpunkte gestiegen, während er von 1980 bis 1995 um rund sechs Prozentpunkte schrumpfte (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Immer stärkere Ostorientierung des österreichischen Außenhandels
(Regionale Exportanteile in % der Gesamtexporte)

	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2015
EU-28	71.9	68.0	75.9	78.1	75.7	74.5	73.5	72.2	71.6	68.8
EU-15	61.0	60.1	67.9	65.9	61.1	58.5	54.6	54.7	54.6	51.1
Euro-Raum-19	52.5	51.5	61.2	63.1	57.9	56.7	54.1	54.5	54.3	50.7
13 Neue EU-Mitgliedsländer	10.9	7.9	8.0	12.2	14.6	15.9	18.9	17.4	17.0	17.7
MOEL-11	10.8	7.8	7.9	12.1	14.5	15.8	18.8	17.3	16.9	17.6
MOEL-29	14.0	12.1	10.4	14.2	16.5	19.3	23.7	21.8	21.3	20.8
Andere Länder (Insgesamt - EU-28)	28.1	32.0	24.1	21.9	24.3	25.5	26.5	27.8	28.4	31.2
NAFTA	2.8	5.6	4.1	3.7	6.0	6.7	5.5	5.3	5.6	8.4
PIIGS	13.0	11.8	13.1	12.0	12.7	12.5	12.1	11.2	10.6	8.8
BRICS	2.7	2.9	2.7	3.4	2.8	4.3	5.5	6.0	6.5	5.4

MOEL-11 ... Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

MOEL-29 ... MOEL-11 + GUS + Balkanstaaten.

NAFTA ... Kanada, Mexiko und USA:

PIIGS ... Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien.

BRICS ... Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

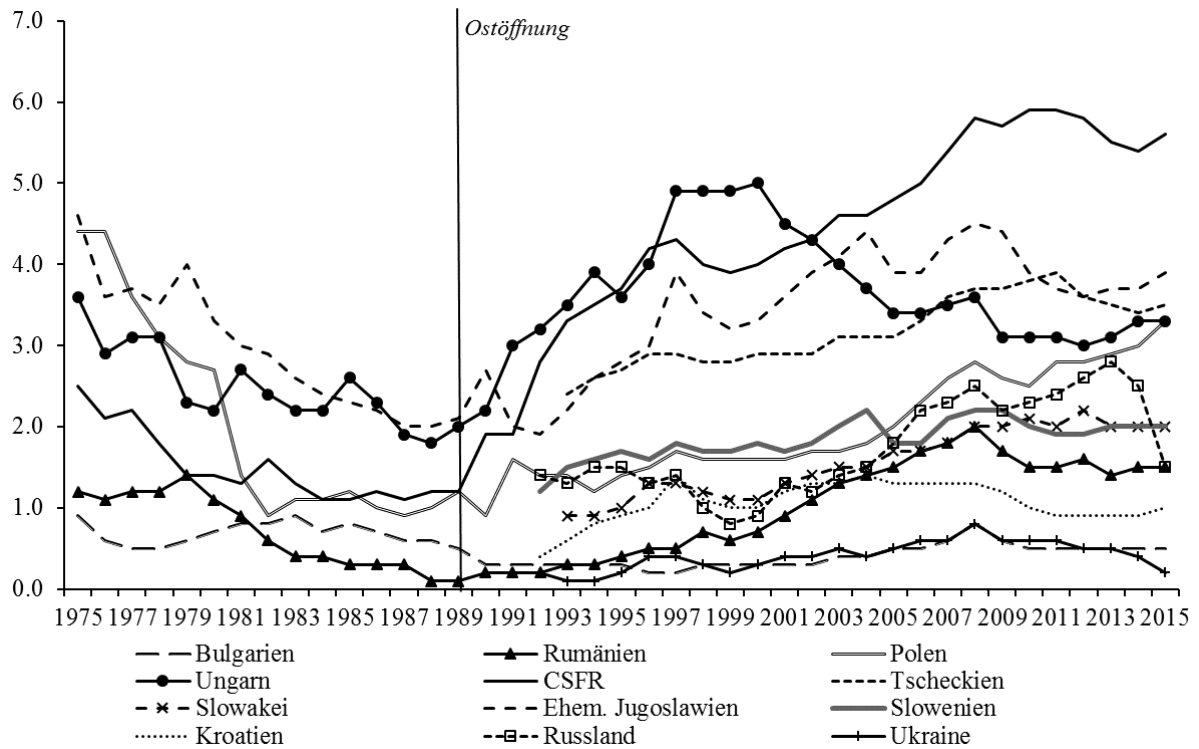
Quellen: WIFO und FIW (<http://www.fiw.ac.at/>)

Diese Umlenkung der Handelsströme wurde besonders stark gefördert durch die Erweiterung der Zollunion der EU im Zuge der EU-Erweiterung seit 1994. Nach Modellberechnungen (Vgl. Breuss, 2007C, S. 941) hat sich der Handel Österreichs mit EU-15 um 0,6 Prozentpunkte verringert, jener mit den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten konnte um 7,3 Prozentpunkte gesteigert werden. Noch stärker waren die Zuwächse im Handel mit Bulgarien (+28%) und Rumänien (+16%).

Eine Betrachtung der Exportentwicklung in die einzelnen MOEL zeigt, dass das Jahr 1989 zur Ausweitung des Exportradius beigetragen hat, zunächst auf die Nachbarstaaten Tschechoslowakei (nach der Bildung zweier neuer Staaten per 1. Jänner 1993) dann getrennt in Slowakei und Tschechien, Ungarn und Polen (siehe Abbildung 2).

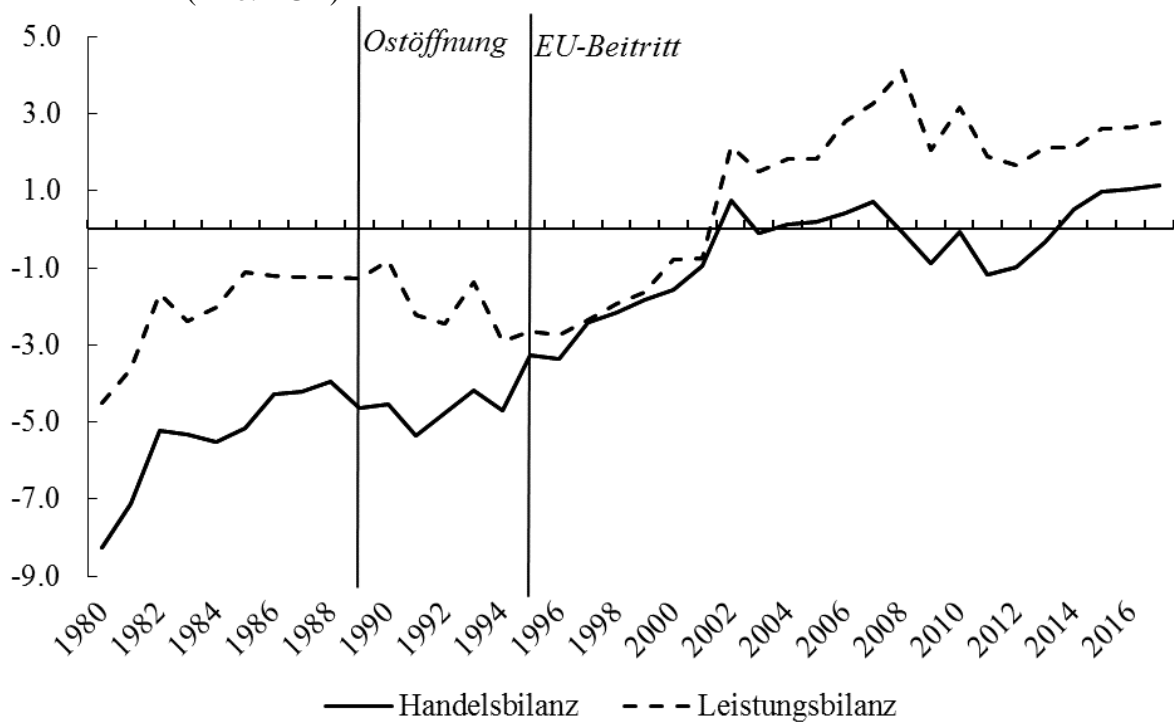
Die Ostöffnung, aber noch stärker die EU-Erweiterung hat dazu beigetragen, dass Österreich seine komparativen Vorteile stärker ausspielen konnte als zuvor. Das spiegelt sich sowohl in der Drehung der Export- und Importquoten (siehe Abbildung 1) als auch im Handelsbilanzsaldo (siehe Abbildung 3). Erst seit Anfang dieses Jahrhunderts haben die Exportquoten die Importquoten überschritten. Das gilt insbesondere für den Handel von Waren und Dienstleistungen (also Exporte und Importe insgesamt).

Abbildung 2: Starke Ostexpansion der österreichischen Exporte nach 1989
(Exportanteile in % der Gesamtexporte)



Quellen: FIW und WIFO

Abbildung 3: Österreichs Handels- und Leistungsbilanz
(Mio. EUR)

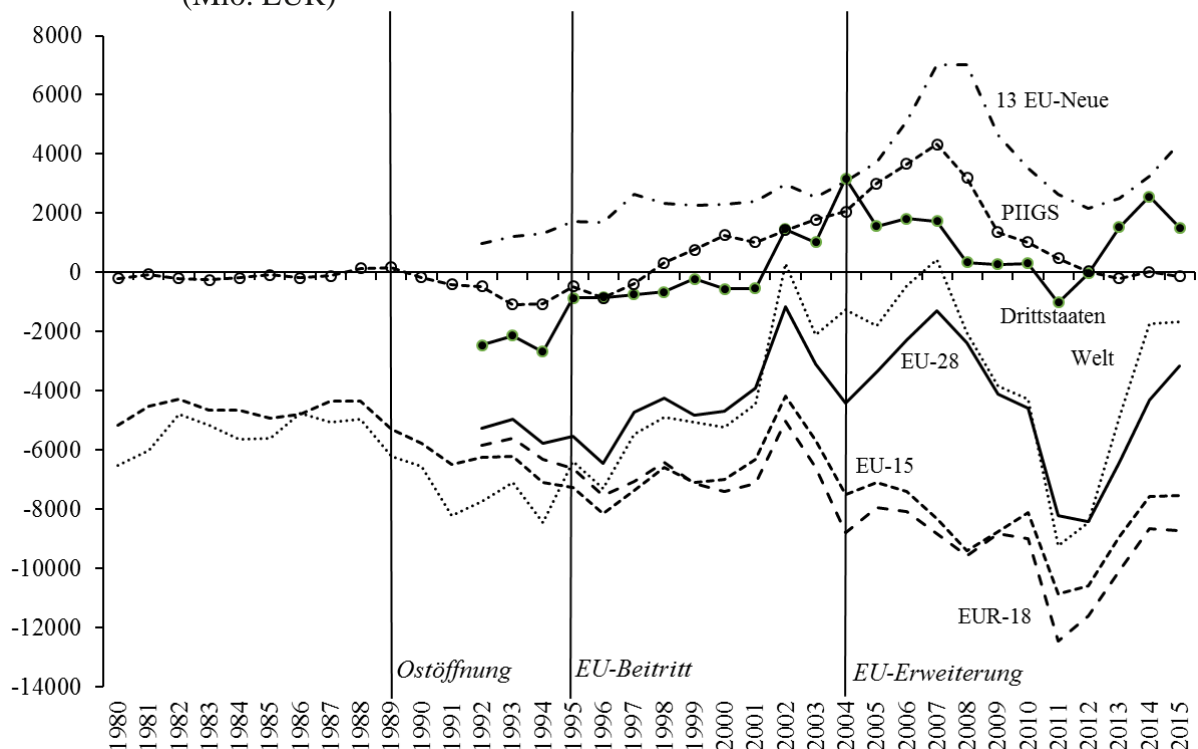


Quellen: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission, OeNB.

Die Handelsbilanz, d.h. der Saldo von Warenexporten und Warenimporten war in Österreich traditionell defizitär. Erst seit dem EU-Beitritt (Teilnahme am EG-Binnenmarkt) und besonders seit der EU-Erweiterung hat Österreich erstmals einen Ausgleich bzw. sogar einen Überschuss erzielt. Noch beeindruckender ist die Verbesserung der Leistungsbilanz. Sie enthält neben den Warenströmen auch alle Arten von Dienstleistungen und Transfers. Der Saldo, der seit dem EU-Beitritt bis 2002 ein Defizit aufwies, verwandelt sich seither in einen beachtlichen Überschuss (siehe Abbildung 3).

Die Drehung in der Handelsbilanz kam hauptsächlich durch die Ausschöpfung der komparativen Vorteile im Handel mit Osteuropa zustande (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Österreichs Handelsbilanz nach Regionen (Mio. EUR)



13 EU-Neue = 13 neue EU-Mitgliedstaaten; Drittstaaten = Gesamtexporte minus EU-28

EUR-18 = Eurozone (ohne Litauen); PIIGS = Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien.

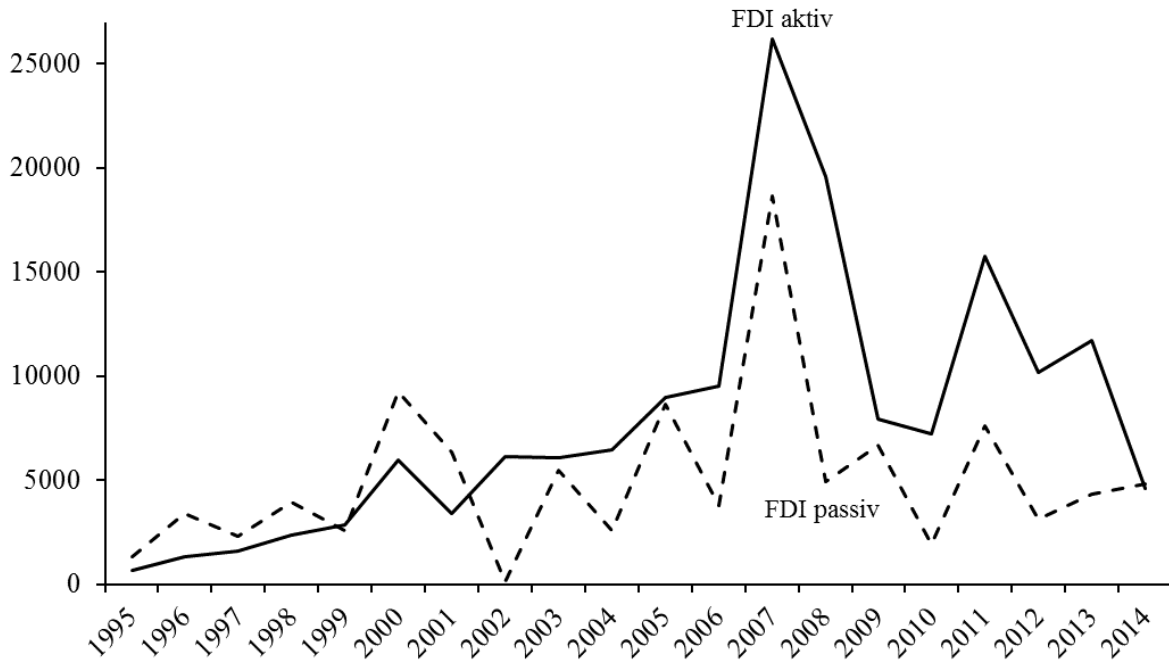
Quellen: WIFO und FIW

3.1.2 ... und Direktinvestitionen

Die zunehmende Globalisierung Österreichs seit der Ostöffnung ereignete sich einerseits über die Ausweitung des Handels mit Osteuropa und andererseits durch eine verstärkte Internationalisierung der Produktion in diesen Ländern via Direktinvestitionen. Seit dem EU-Beitritt und verstärkt nach der EU-Erweiterung hat Österreich seine Direktinvestitionstätigkeit ausgeweitet. Seit 2002 steigen die FDI (Foreign Direct Investments) Österreichs im Ausland

stärker als jene der FDI des Auslandes in Österreich. Ebenso wie im Außenhandel entwickelte sich Österreich zunehmend von einem Defizit- zu einem Überschussland im Bereich der Direktinvestitionen (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Zunehmende Globalisierung via Direktinvestitionen (FDI aktiv und passiv in Mio. EUR)



FDI = Foreign direct investment. FDI aktiv = österreichische Direktinvestitionen im Ausland; FDI passiv = Direktinvestitionen des Auslandes in Österreich. Transaktionen bzw. FDI-Ströme.

Quelle: OeNB

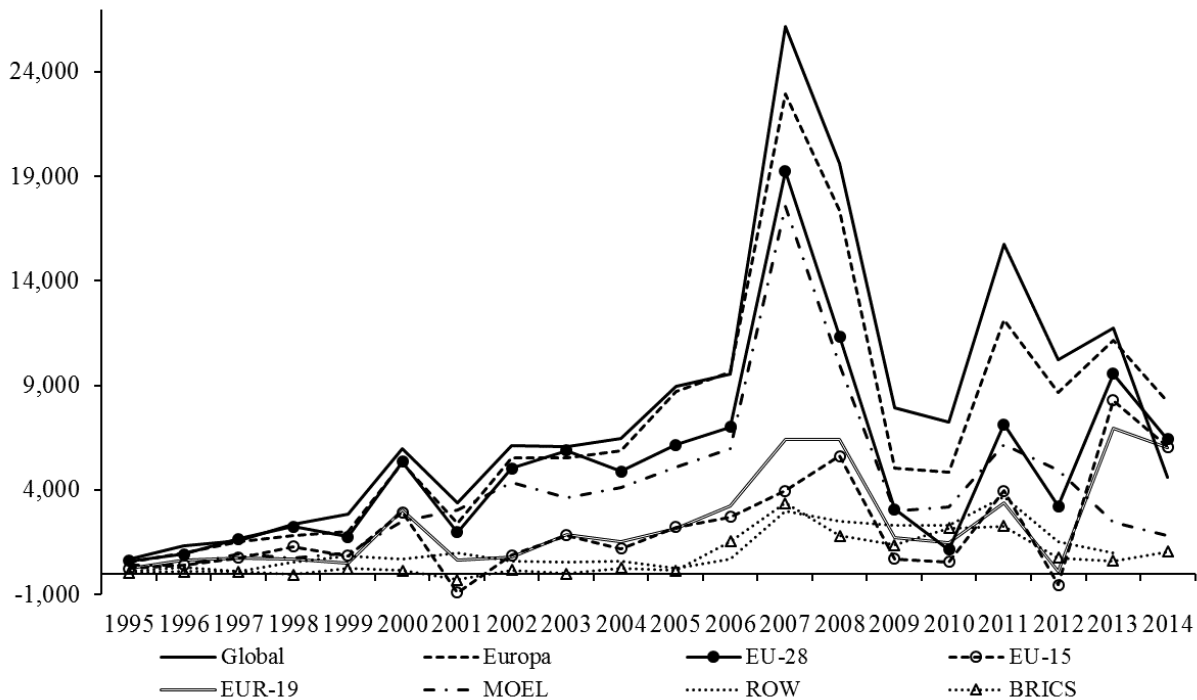
Dass die Ostöffnung, der EU-Beitritt und vor allem die EU-Erweiterung die treibenden Kräfte hinter der Zunahme der Globalisierung der österreichischen Firmen waren, zeigt das regionale Muster der FDI (siehe Abbildung 6a und 6b).

Österreich ist in vielen MOEL einer der wichtigsten Direktinvestoren. Nach Statistiken des wiiw (siehe Hunya und Schwarzhappel, 2015; OeNB, 2015B, S. 10) nimmt Österreich in folgenden Ländern den 1. Platz ein: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Serbien. An 2. Stelle liegt es in Bulgarien, Mazedonien, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik. Den 3. Platz nimmt es in Weißrussland ein. An vierter Stelle liegt Österreich in Albanien und Ungarn; am 5. Platz in der Ukraine.

Auswertungen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) belegen, dass die FDI-Aktivitäten in Osteuropa in der ersten Phase der Ostöffnung viel rentabler waren als jene in den übrigen Weltregionen, inklusive in den Ländern von EU-15 (Vgl. auch Keppel und Sieber, 2008, S. 149). Die Eigenkapitalrendite österreichischer Direktinvestitionsfirmen lag in den MOEL

zuletzt bei rund 10% (MOEL-19 15%), weltweit bei 8% und in der EU-15 bei 5% (Vgl. OeNB, 2008, S. 14).

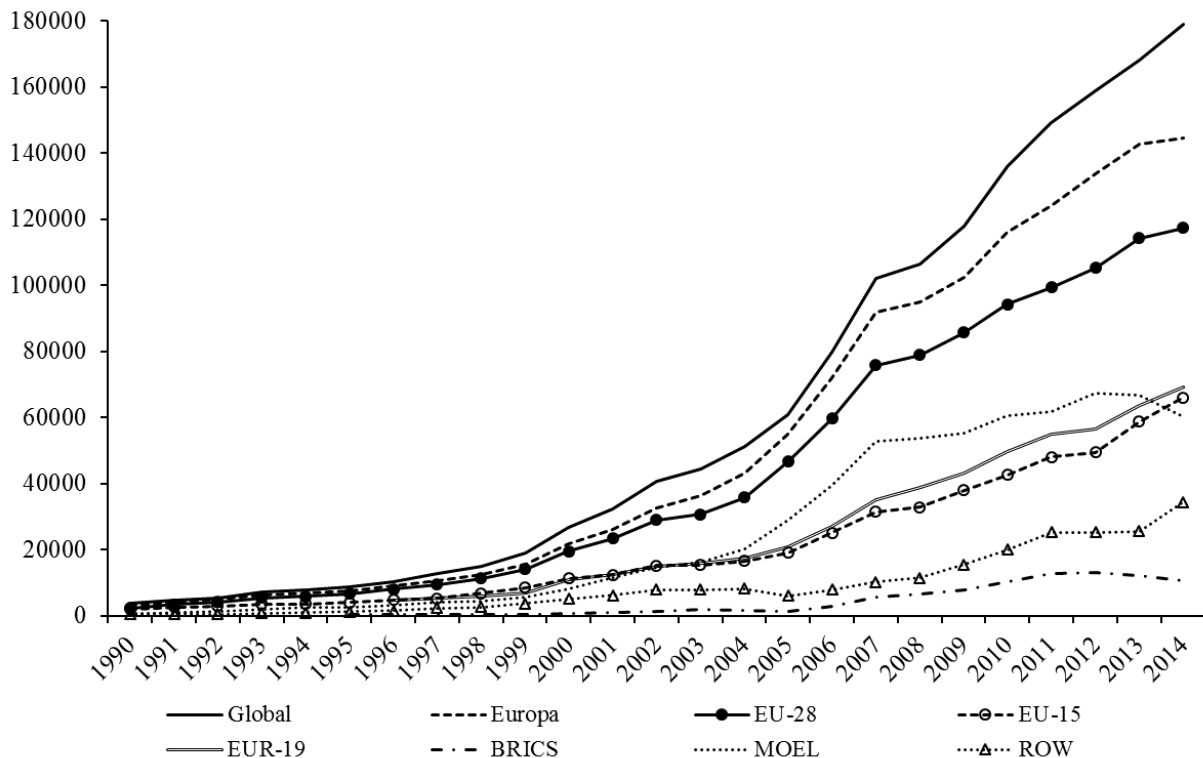
Abbildung 6a: Österreichs Firmen nutzen die „emerging markets“ vor der Haustüre (FDI-Ströme, aktiv in Mio. EUR)



MOEL ... Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.
BRICS ... Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika; ROW ... Rest der Welt = Insgesamt minus Europa.
Quelle: OeNB

Die Eigenkapitalrendite der aktiven Direktinvestitionen ist von Mitte der neunziger Jahre von rund 6% stetig bis 2007 auf 12% angestiegen. Die Große Rezession 2009 brachte einen großen Rückschlag auf 6%; seither hat sie sich nur sehr langsam auf 7% erholt. Die Rendite ausländischer Direktinvestitionen in Österreich verharrt dagegen relativ stabil auf 12% - nur unterbrochen durch den Einbruch auf 8% in der Rezession 2009 (siehe OeNB, 2015B, S. 16). Die größten Zuwächse der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland seit Mitte der neunziger Jahre gab es in den Branchen Finanz- und Versicherungswesen, Handel, freiberufliche Dienstleistungen und Chemie (siehe Tabelle 3).

Abbildung 6b: Österreichs Firmen nutzen die „emerging markets“ vor der Haustüre (FDI-Bestände, aktiv in Mio. EUR)



MOEL ... Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

ROW = Rest der Welt = Insgesamt minus Europa

Quelle: OeNB

Kasten 1: Das „Ost-Engagement“ österreichischer Banken

Die Unternehmen des österreichischen Finanzsektors (Banken und Versicherungen), vor allem die Banken, haben die Chancen der Ostöffnung nach 1989 rasch und massiv zur Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit genutzt. Der in der Planwirtschaft brachliegende Bankensektor wurde vor allem von österreichischen Banken als neue Standortchance ("window of opportunity") genutzt. Relativ rasch haben österreichische Banken nach 1989 Schritt für Schritt osteuropäische Banken aufgekauft bzw. neue Filialen errichtet. Mit 36% machte der Sektor "Finanz- und Versicherungswesen" den größten Anteil aller Branchen der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2014 aus; es folgte der Sektor Handel mit 12% (siehe Tabelle 3). Die Gewinne der Töchter österreichischer Banken in Osteuropa waren lange Zeit höher als jene im Inlandsgeschäft und stützten so den Standort Österreich.

Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleiben trotz Krisen (Großen Rezession 2009, Ukraine-Russland-Konflikt mit EU-Sanktionen gegen Russland seit 2014)

ein wichtiges Geschäftsfeld (siehe OeNB, 2015A). In den letzten Jahren konzentrierten sich die Gewinne vermehrt auf die Tschechische Republik, die Slowakei und auf die vergleichsweise volatileren Märkte Russland und Türkei. Das aggregierte Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE betrug im 1. Halbjahr 2015 1,5 Mrd EUR, ein Anstieg um 47% gegenüber dem Vorjahr.

Die anfängliche massive und riskante Vergabe von Fremdwährungskrediten (in Schweizer Franken und Euro) in den Nachbarstaaten in Osteuropa wurde – nicht zuletzt aufgrund der Mahnungen von Finanzmarktaufsicht (FMA) und OeNB – letztlich stark zurückgefahren. Die Neuvergabe von Fremdwährungskrediten war im Inland wie auch in CESEE rückläufig, womit die aufsichtlichen Initiativen (makroprudenzielle Maßnahmen der österreichischen Aufsicht) Wirkung zeigen. Dennoch verbleiben Risiken, da die österreichischen Banken in den Büchern einen zwar sinkenden aber anhaltend hohen Bestand aufweisen – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Aufgabe des Euro-Franken-Mindestkurses durch die Schweizerische Notenbank.

Nicht zuletzt die nationalen Maßnahmen in Ungarn³ zur verpflichtenden Übernahme eines Teils der Risiken im Zusammenhang mit den Fremdwährungskrediten hat die Gewinne der Filialen österreichischer Banken stark beeinträchtigt. Ähnliche Maßnahmen wurden in Polen angedacht.

Das „Ostexposure“ (d.h. die Auslandsforderungen Österreichs) österreichischer Banken in Osteuropa ist immer noch beachtlich. Mitte 2015 beliefen sich die Auslandsforderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken auf rund 316 Mrd EUR, wobei der Fokus des Auslandsgeschäftes mit 197 Mrd EUR auf der CESEE-Region liegt.

Die heterogene Entwicklung in CESEE (Zentral-, Ost- und Südosteuropa) seit der Krise im Jahr 2008/09 spiegelt sich in der Profitabilität, Kreditqualität sowie in der Exposure- bzw. Kreditentwicklung wider. Die österreichischen Banken haben ihr Exposure gegenüber Russland und der Türkei in den letzten Jahren relativ stark ausgeweitet, u. a. auch im Konsumkreditbereich. Zu einem verringerten Exposure der österreichischen Banken kam es vor allem gegenüber der Ukraine aufgrund von Tochterbankenverkäufen und Deleveraging.

³ Ungarn hat im November 2014 ein Gesetz zur Konvertierung der Fremdwährungskredite in die Landeswährung Forint verabschiedet. Seit März/April 2015 sind die Banken verpflichtet, die vorgeschriebenen Kurse (308,97 Forint je Euro; 256,47 Forint je Schweizer Franken und 2,16 Forint je Yen) bei der Konvertierung der Fremdwährungskredite in Forint zu garantieren. Betroffen sind neben der ungarischen OTP auch österreichische Institute wie die Erste Group, Raiffeisen oder die UniCredit-Tochter Bank Austria. Die Erste Group hatte im ersten Halbjahr 2014 bereits 130 Millionen Euro zurückgestellt und für die zweite Jahreshälfte weitere Belastungen von 170 Millionen Euro angekündigt. Die Raiffeisen Bank International (RBI) hat im Vorjahr bisher 272 Millionen Euro zur Seite gelegt und die Bank Austria musste bis September 2014 Sonderkosten von 107 Millionen Euro verbuchen (siehe KURIER, online, 2. Februar 2015).

Vienna Initiative

Die "Vienna Initiative" wurde im Jänner 2009 von mehreren Institutionen mit Interesse an der Stabilisierung Osteuropas ins Leben gerufen (Vgl. EBRD, 2012A, Nitsche, 2010). Unter der Führung der EBRD nahmen an dieser kooperativen Initiative teil: der IMF, EIB, Weltbank, Europäische Kommission, EZB (Beobachter), Finanzministerien im Westen und Osten und die großen Bankengruppen, die in Osteuropa aktiv waren. Eines der Hauptziele der VI war die Vermeidung eines unkontrollierten Abzugs wichtiger Bankgruppen aus Osteuropa (dies hätte eine veritable Bankenkrise in den MOEL verursacht). Im 2012 erlebte die "Vienna Initiative" eine Neuauflage mit der "Vienna Initiative 2" (siehe EBRD, 2012A, 2012B). Im Rahmen der "IV-II" werden die non-performing loans (NLP) gemeinsam mit den Partnern unter die Lupe genommen und kontrolliert.

Tabelle 3: Österreichische Direktinvestitionen im Ausland nach Branchen, 1996-2014
(Stände in Mio. EUR)

	1996	2000	2005	2008	2009	2010	2014
Landwirtschaft, Bergbau	187	228	877	1396	1721	2259	7147
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	227	494	1154	2222	2747	2563	1091
Textilien, Bekleidung, Leder	55	90	118	119	106	141	163
Holz, Papier, Druckerei	407	791	1085	2832	2794	3053	3916
Chemie, Kunststoff, Pharmaka	524	1193	4918	7351	8152	10208	14097
Glas, Steinwaren	446	1164	1502	3920	4316	4102	3534
Metall und Metallwaren	557	1399	1473	2268	2094	2548	3397
Elektrotechnik, Elektronik, Optik	294	687	1018	4953	4108	2123	2719
Maschinenbau	153	495	636	1651	1994	1895	2760
Fahrzeugbau	65	170	464	645	747	1123	1958
Sonstige Waren, Reparatur	68	80	169	629	660	704	760
Energie, Wasser, Abfall	158	181	730	1900	3185	4937	5973
Bauwesen	359	421	848	3375	3780	4078	3465
Handel	1146	4333	8257	11949	15320	18679	22087
Verkehr, Lagerei	25	37	140	491	467	794	1078
Hotels, Restaurants	141	115	150	167	339	221	285
Information und Kommunikation	4	207	1277	3340	3192	3832	4098
Finanz- und Versicherungswesen	3281	10588	28727	44414	46462	56451	64348
Grundstücks- und Wohnungswesen	263	446	1513	3648	3745	4194	5063
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und techn. DL	1262	2463	4090	5749	8000	8871	27857
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	726	979	1319	2595	2069	1904	2300
Öffentliche und persönliche Dienste	51	112	403	869	2033	1257	875
Insgesamt	10397	26675	60869	106483	118032	135936	178971

Quelle: OeNB.

3.2 Die Kehrseite der Globalisierung

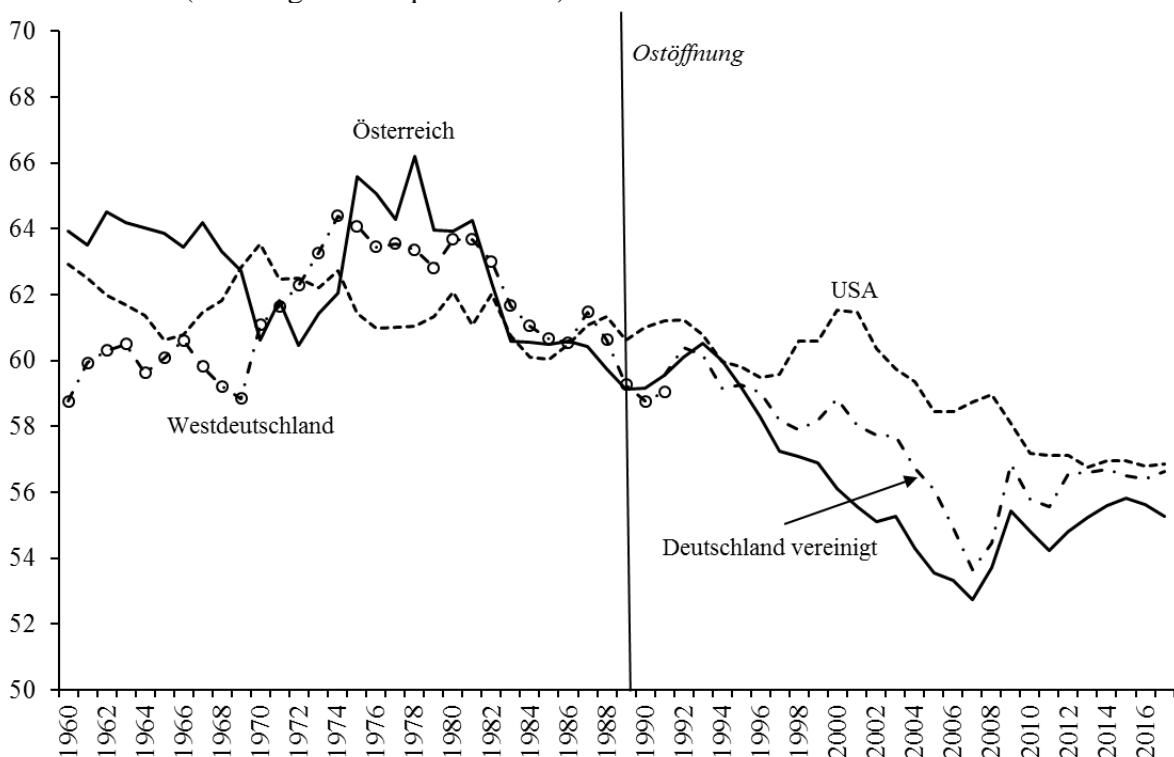
Österreich hat sicherlich gesamtwirtschaftlich von der Ostöffnung stark profitiert. Dennoch sieht die Bevölkerung die Ostöffnung, sowie die weiteren Bestrebungen der EU zur

Erweiterung, zunehmend skeptisch. Ein Grund könnte – neben der immer latent vorhandenen Ausländerfeindlichkeit - die Angst um den Arbeitsplatz⁴ sein, der andere könnte mit dem Druck auf die Löhne verbunden sein.

3.2.1 Druck auf die Löhne

Tatsächlich hat sich im Zuge der zunehmenden Beteiligung Österreichs am Globalisierungsprozess die Einkommensverteilung stark zuungunsten der Lohnneinkommensbezieher verschlechtert. Das drückt sich zum einen in einem Sinken der Lohnquote (gemessen an der bereinigten Lohnquote = (Pro Kopf Lohn) / (BIP, nominell pro Beschäftigte) aus (siehe Abbildung 7), zum anderen an der langsameren Entwicklung der Pro-Kopf Löhne im Vergleich zum realen BIP-Wachstum (siehe Tabelle 4).

Abbildung 7: Die Kehrseite der Globalisierung – Sinkende Lohnquoten (Bereinigte Lohnquoten in %)



Bereinigte Lohnquote = (Pro Kopf Lohn) / (BIP, nominell pro Beschäftigte).

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der AMECO-Datenbank (Europäischen Kommission)

⁴ Im Eurobarometer Spezial 251, „Die Zukunft Europas“ (Vgl. Eurobarometer, 2006, S. 55) findet man die Antwort. Auf die Frage ob zukünftige Erweiterungen die Probleme auf den nationalen Arbeitsmärkten erhöhen würden, antworteten die ÖsterreicherInnen zu 75% mit ja, die Deutschen sogar zu 80% mit ja. Im EU-Durchschnitt betragen die Jastimmen nur 63%. In der Befragung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (Vgl. ÖGfE, 2012) wird einer EU-Erweiterung von der österreichischen Bevölkerung eine klare Absage erteilt. Aufnahmen weiterer Aufnahmen von Balkanstaaten werden mehrheitlich abgelehnt: Albanien zu 68%, Bosnien und Herzegowina zu 58%, Mazedonien (FYROM) und Montenegro zu 55%, Serbien zu 61%, Kosovo zu 68%. Aber auch die Aufnahme der Türkei würde zu 65% abgelehnt. Nur Island (33% Befürworter, 37% Ablehnung) wäre noch relativ erwünscht.

Tabelle 4: Reallöhne pro Beschäftigtem, BIP, real pro Kopf und BIP real
(Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in %)

	1961-1970	1971-1980	1981-1990	1991-2000	2001-2015	1989-2015
Reallöhne pro Beschäftigtem	4.9	3.6	1.4	1.4	0.2	0.8
BIP pro Kopf, real	4.1	3.5	2.1	2.2	0.8	1.5
BIP, real	4.7	3.6	2.3	2.6	1.3	2.0

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission.

Die Lohnquote ist seit den siebziger Jahren in fast allen Industriestaaten relativ stark gesunken ist, in Österreich stärker sinkt als in anderen Industriestaaten (siehe Abbildung 7). Laut Breuss (2007A) ist dafür vor allem die zunehmende Globalisierung verantwortlich und im Falle Österreichs das hohe Engagement in Osteuropa („Mini-Globalisierung“)⁵. Parallel zum beachtlichen Gefälle im Einkommensniveau pro Kopf zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten, gibt es immer noch große Unterschiede in den Arbeitskosten. Die Arbeitskosten in der Sachgütererzeugung betragen 2014 in Ländern, die 2007 der EU beigetreten sind gerade einmal 8% (Bulgarien) bzw. 10% (Rumänien) des Niveaus in Österreich. In Slowenien, das das höchste Entwicklungsniveau der neuen EU-Mitgliedstaaten aufweist, betragen die Arbeitskosten immerhin auch nur 43% der Arbeitskosten in Österreich. In Euro ausgedrückt betragen die Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren in Bulgarien 3,1 Euro, in Rumänien 4,2 Euro, in Slowenien 15,2 Euro und in Österreich 35,4 Euro (Vgl. Leoni und Hölzl, 2015, S. 717/718)

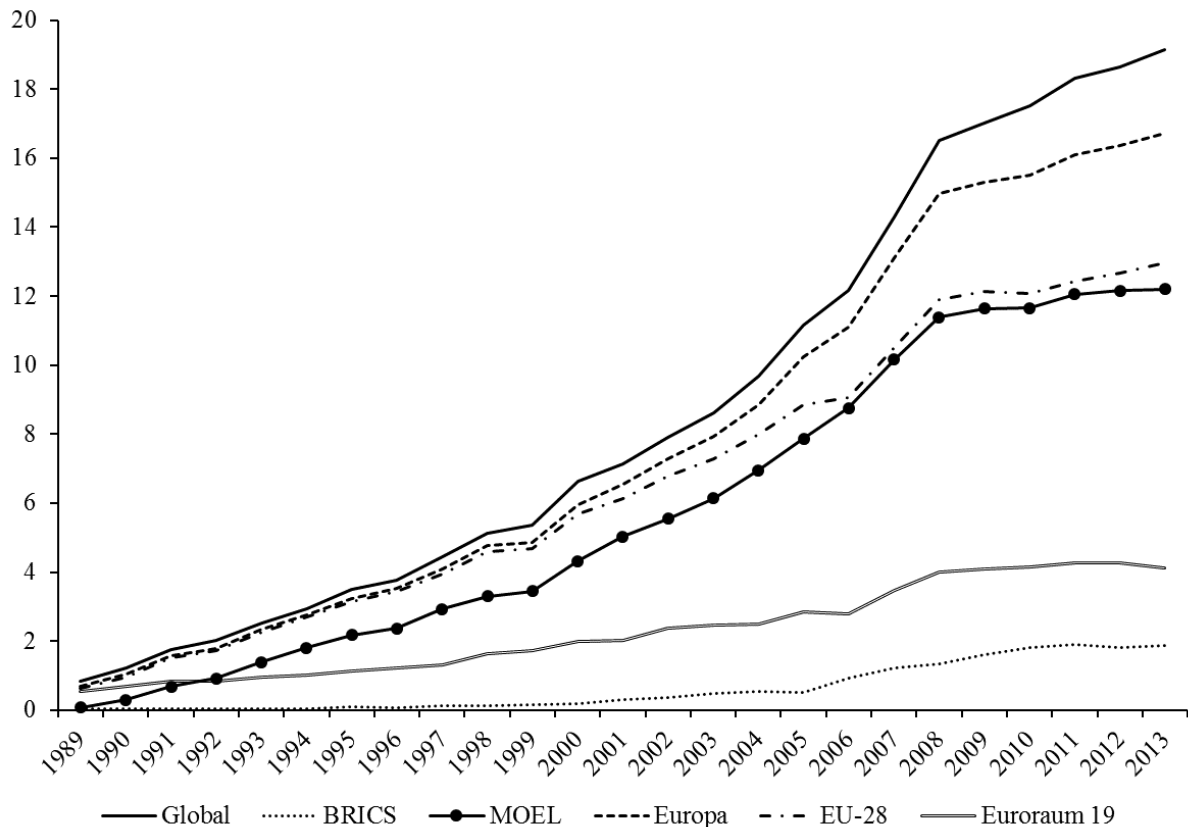
3.2.2 Verlagerung von Arbeitsplätzen

Die zunehmende Beteiligung Österreichs an der Globalisierung, insbesondere an der „Mini“-Globalisierung seit der Ostöffnung, hat zum einen Arbeitsplätze geschaffen, zum anderen Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Die Zunahme der Produktion für den steigenden Export schuf Arbeitsplätze in Österreich, die Internationalisierung der Produktion via FDI hat Arbeitsplätzen im Ausland (möglicherweise auf Kosten der Beschäftigung im Inland) geschaffen.

Laute Statistiken der Oesterreichischen Nationalbank ist der Anteil der Beschäftigung in ausländischen Töchtern österreichischer Firmen relativ zur Gesamtbeschäftigung in Österreich stark angestiegen: insgesamt von einem Anteil von rund 2% im Jahr 1990 auf über 20% im Jahr 2010 (siehe Abbildung 8; vgl. auch OeNB, 2015B). Die Dynamik der durch FDI im Ausland geschaffenen Arbeitsplätze geht vor allem auf die Direktinvestitionstätigkeit Österreichischer Firmen in Osteuropa zurück.

⁵ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Onaran (2008) und Pointner (2009).

Abbildung 8: Beschäftigung in ausländischen Töchtern österreichischer Firmen
(Anteil der Beschäftigten bei österreichischen Direktinvestitionsunternehmen im Ausland in % der unselbständig Beschäftigten in Österreich)



MOEL ... Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland; Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

Quelle: OeNB

Falk und Wolfmayr (2008) gehen der Frage nach, ob Auslandsaktivitäten österreichischer Firmen (via FDI) in der Welt bzw. in Osteuropa zu einer Reduktion der Beschäftigten in ihren Müttern führen. Sie untersuchen also die Substitutionsbeziehung zwischen Beschäftigung von Firmen-Müttern und ihren Töchtern. Anhand von AMADEUS-Daten (34.000 Firmen in 14 EU-Mitgliedstaaten) in der Periode 2000-2004. Danach ist das Substitutionsverhältnis zwischen den Beschäftigten der Mutterunternehmen und ihren Töchtern in den EU-14-Ländern stärker als zwischen Müttern und Töchtern in Osteuropa. Die Substitutionselastizität in der Gesamtwirtschaft insgesamt und in den West-West-Beziehungen beträgt -0.3 , für die West-Ost-Beziehungen -0.07 . Im Industriebereich ist sie höher (-0.45 insgesamt, West-Ost-Verhältnis -0.28) als im Nicht-Industriebereich (-0.27 insgesamt und im West-West-Verhältnis; West-Ost $+0.03$).

3.2.3 Globalisierung fördert Outsourcing

Die Teilnahme an der Globalisierung kann verschiedene Formen annehmen. Sie führt auf jeden Fall zu einer Fragmentierung der Wertschöpfung (globale Wertschöpfungsketten – global value chains), die man auch als Outsourcing via FDI bezeichnen kann. In einer frühen Studie haben Dell'mour, Egger, Gugler, Pfaffermayr und Wolfmayr-Schnitzer (2000) die Effekte der Fragmentierung der Wertschöpfung (Outsourcing = importierte Zwischenprodukte) via FDI in Osteuropa auf die Produktivität und den Arbeitsmarkt (Beschäftigte, Löhne) in Österreich in der Periode 1990-1998 untersucht. Sie kommen zu folgenden Ergebnissen:

- Es gibt keine signifikante Korrelation zwischen inländischen Beschäftigten und solchen von österreichischen Firmen im Ausland.
- Der Anstieg der Exporte (bzw. auch des Outsourcings) führt in Österreich zu einem stärkeren Anstieg von hochqualifizierten Arbeitskräften relativ zu den weniger Qualifizierten.
- Der Anstieg der Importe führt zu gegenteiligen relativen Beschäftigungseffekten in Österreich.
- Der gesamte Arbeitsmarkteffekt von Outsourcing ist aber insgesamt gering.
- Outsourcing führt zu einer Steigerung der gesamten Faktorproduktivität in Österreich.
- Höhere Lohnflexibilität in Österreich kann mögliche Beschäftigungsverluste im Inland durch Outsourcing verhindern.

Koller und Stehrer (2008) untersuchen mittels Input-Output-Analyse die Beschäftigungseffekte von Outsourcing und Internationalisierung über Außenhandel in der Periode 1995-2003. Die Verlagerung der Produktion (Outsourcing) führte zu Beschäftigungsverlusten, die zunehmenden Exporte zu Beschäftigungsgewinnen. Zwischen 1995-2000 wurden durch die Internationalisierung in Österreich insgesamt pro Jahr 7.489 Arbeitsplätze geschaffen (durch Outsourcing bzw. Importe gingen 8.913 bzw. 7.780 verloren, durch Exporte konnten 24.182 gewonnen werden). In der Periode 2000-2003 wurden insgesamt pro Jahr 4.309 Arbeitsplätze in Österreich geschaffen (Outsourcing -4.701, Importe +3.772, Exporte +5.238).

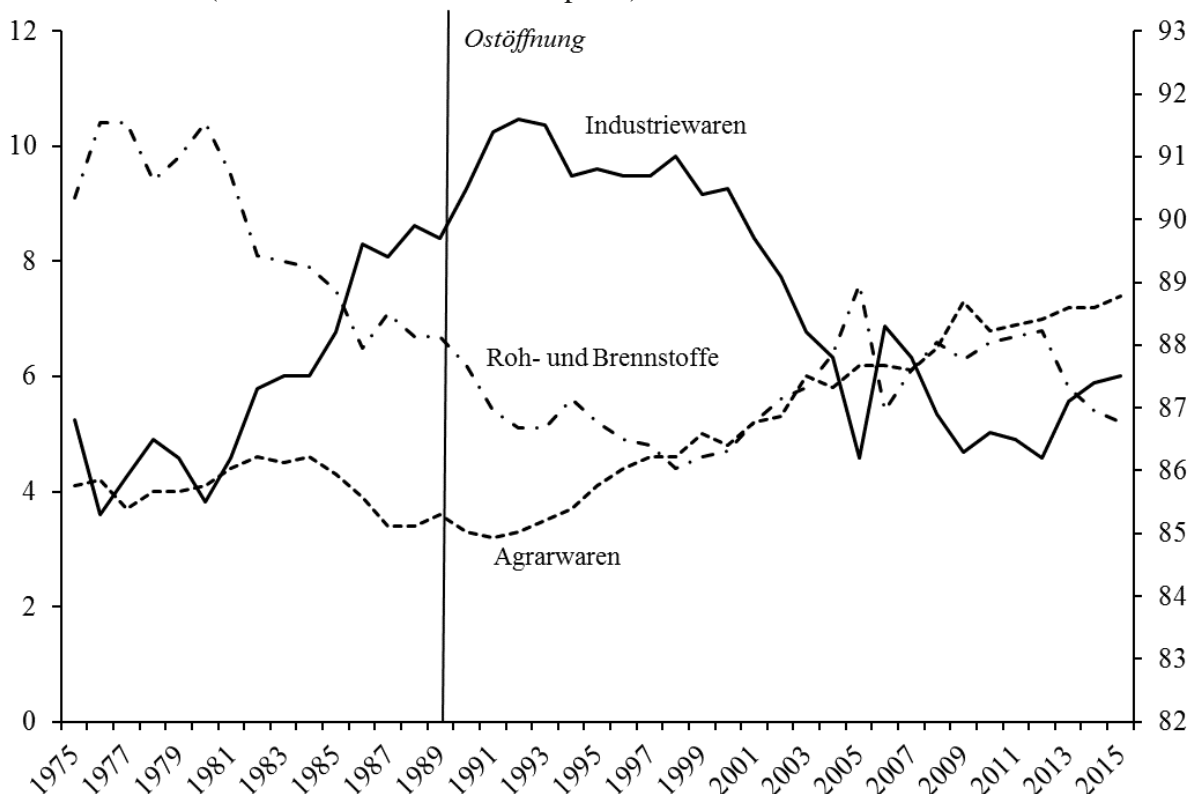
Aktuelle Datenanalysen über die Wertschöpfungsbestandteile des österreichischen Außenhandels (Trade in Value Added) durch die OECD (2015) kommen zum Ergebnis, dass der Wertschöpfungsanteil an den Gesamtexporten durch importierte Vorleistungen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in der Periode 1995 bis 2011 stark zugenommen hat. D.h. die „Mini-Globalisierung“ hat sich für Österreich ausgezahlt. Diese Erkenntnisse werden bestätigt durch die Wertschöpfungsanalyse von Los et al (2015), die zeigt, dass die regionalen

Wertschöpfungsanteile – „Mini-Globalisierung“ - an der österreichischen Produktion (und Exporten) höher sind als jene durch die weltweite Globalisierung.

3.2.2 Versteinerung der Außenhandelsstruktur

Die Zunahme der Handelsdynamik mit den Transformationsländern in Osteuropa hat zwar zu einer Ausschöpfung der komparativen Vorteile Österreichs insgesamt geführt. Sichtbares Ergebnis dieser Entwicklung ist die Verbesserung der Handelsbilanzposition Österreichs im Handel mit den MOEL (siehe Abbildung 4). Da es sich bei den neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa aber durchwegs nicht um besonders konkurrenzfähige Länder handelt, hatte Österreich zunächst ein leichtes Spiel mit seinen hochwertigen Industrieprodukten. Mit zunehmendem Fortschreiten des Transformationsprozesses in den MOEL haben sich die relativen Vorteile Österreichs verringert (Vgl. Wolfmayr, 2004). Allerdings hat die leichte Markteroberung in Osteuropa auch eher zu einer Versteinerung der alten Exportgüterstruktur geführt).

Abbildung 9a: Warengrobstruktur der österreichischen Exporte 1975-2015
(Anteile in % der Gesamtexporte)

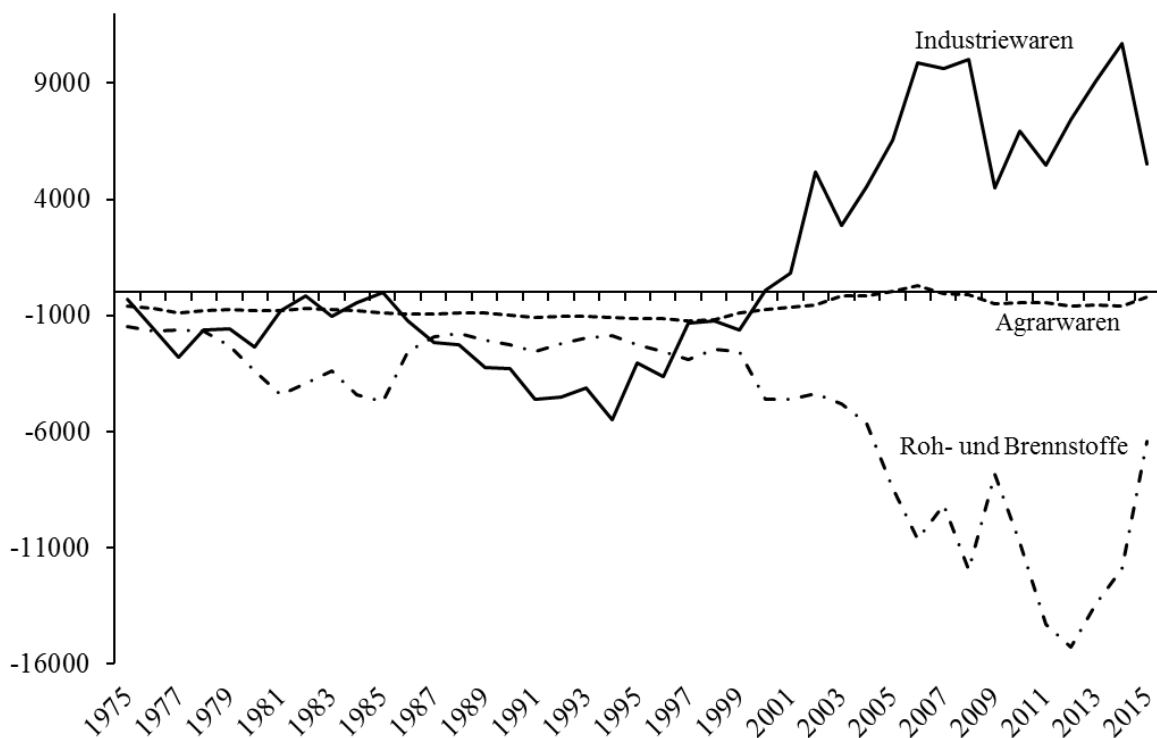


Agrarwaren (linke Skala) = 0+1+4, Roh- und Brennstoffe (linke Skala) = 2+3, Industriewaren (rechte Skala) = 5 bis 9 (SITC-Einsteller).

Quellen: FIW und WIFO.

Interessanterweise hat sich der Trend zum Export hochwertiger Industriewaren, der seit Mitte der siebziger Jahre einsetzte, Anfang der neunziger Jahre verlangsamt bzw. sogar zu einem Rückgang des Anteils von Industriewaren an den Gesamtexporten geführt (siehe Abbildung 9a). Demgegenüber ist der Anteil der Agrarwaren im selben Zeitraum gestiegen. Der Rückgang des Anteils von Roh- und Brennstoffen kam seit der EU-Erweiterung 2004 zum Stillstand (siehe auch Reinstaller und Sieber, 2012).

Abbildung 9b: Handelsbilanz nach der Warengrobstruktur des österreichischen Außenhandels, 1975-2015 (Mio. EUR)



Agrarwaren (linke Skala) = 0+1+4, Roh- und Brennstoffe (linke Skala) = 2+3, Industriewaren (rechte Skala) = 5 bis 9 (SITC-Einsteller).

Quellen: FIW und WIFO.

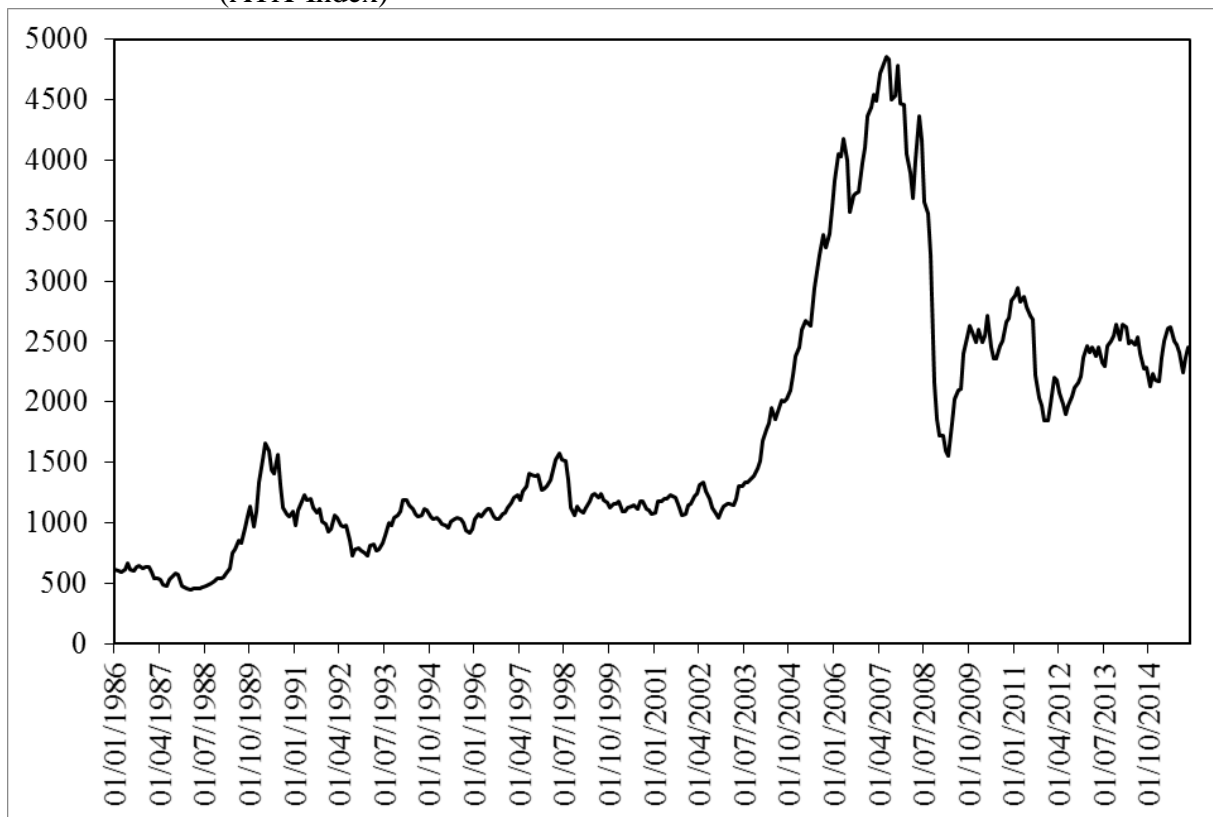
Dieser eigenartige Strukturwandel hängt aber nicht nur mit der Bearbeitung der „leichten“ Märkte in Osteuropa zusammen, sondern auch mit den geänderten handelspolitischen Bedingungen durch den EU-Beitritt Österreichs 1995. Durch den Eintritt in die Gemeinsame Handelspolitik und Zollunion der EU konnte Österreich seine Chancen im Export von Agrarprodukten stärker wahrnehmen, als zuvor, als es von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ausgeschlossen war. Auf der anderen Seite wurde der Konkurrenzdruck auf dem Binnenmarkt von EU-15 größer, d.h. die Ausschöpfung der komparativen Vorteile in EU-15 schwieriger, was sich auch in einer Verschlechterung der Handelsbilanzposition Österreichs vis à vis EU-15 spiegelt (siehe Abbildung 4).

Insgesamt hat aber Österreich seine komparativen Vorteile im Handel mit Industriewaren ausgebaut. Das wird unterstrichen durch die starke Verbesserung der Handelsbilanzposition in dieser Kategorie (siehe Abbildung 9b).

3.2.3 Auf Euphorie folge Ernüchterung

Die Ostöffnung 1989 hat für Österreich die Märkte, die zuvor unter den Beschränkungen des „Eisernen Vorhangs“ (Planwirtschaft) stark eingeschränkt waren, plötzlich geöffnet. Die Marktöffnung befeuerte eine „Goldgräberstimmung“ bei österreichischen Exporteuren. Kurz nach 1989 kam es zu einem kleinen Strohfeuer an der Wiener Börse; der ATX schlug nach oben aus. Dann stabilisierte er sich bis zur tatsächlichen großen EU-Erweiterung – hauptsächlich um die MOEL - im Jahr 2004. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise – ausgelöst durch die Bankenkrise in den USA im Jahr 2008 – ließ den ATX-Index während der Großen Rezession 2009 abstürzen. Seither hat er sich zwar etwas erholt, erreichte aber nie wieder die hohen Vorkrisenwerte (siehe Abbildung 10).

Abbildung 10: Auf die Osteuphorie folgte Ernüchterung am Wiener Aktienmarkt (ATX-Index)



Quelle: Wiener Börse und WIFO

4. Mehr Dynamik und Wandel in Österreichs Wirtschaft

Die Ostöffnung hat – wie bereits erwähnt – die Produktions- und Möglichkeiten zur Internationalisierung der österreichischen Volkswirtschaft vergrößert. Eine Ausdehnung des Produktionspotentials führt zu höherem Output, mehr Beschäftigung und insgesamt mehr Einkommen, ob auch zu mehr Wohlfahrt ist eine offene Frage. Von der Ostöffnung haben vor allem die bereits im Außenhandel engagierten Firmen profitiert, sie hat aber auch jenen, vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), die bisher vorwiegend für den inländischen Markt produzierten, den Sprung ins Ausland erleichtert. Die Ausschöpfung der neuen Nachfrage in Osteuropa hat Österreichs Handels- und Leistungsbilanz, die zuvor chronisch defizitär bzw. höchstens ausgeglichen waren, in Überschüsse verwandelt, was die zunehmende Ausschöpfung der komparativen Vorteile der österreichischen Wirtschaft unterstreicht. Zusätzlich hat die österreichische Wirtschaft, die bisher eher ein Netto-Importeur von Direktinvestitionen war, seit der Ostöffnung immer mehr an der Globalisierung durch die Internationalisierung ihrer Produktion und Dienstleistungen teilgenommen. Plötzlich wurde Österreich zum Netto-Exporteur von FDI's.

Die stärkere Teilnahme an der Mini-Globalisierung hat insgesamt die österreichische Wirtschaft gewandelt. Sie wurde dynamischer und hat sich strukturell verändert.

4.1 Höheres Wirtschaftswachstum

Österreichs Wirtschaft ist seit der Ostöffnung 1989 um durchschnittliche 2,0% pro Jahr gewachsen (siehe Tabelle 5). In den letzten Jahren seit der EU-Erweiterung hat sich das Wirtschaftswachstum infolge der „Großen Rezession“ von 2009 auf 1,3% pro Jahr verlangsamt. Damit erzielte Österreich gegenüber den Vergleichsländern von EU-15 seit 1989 einen Wachstumsbonus von 0,2 Prozentpunkten und seit der EU-Erweiterung 2004 sogar einen von 0,3 Prozentpunkten. Gegenüber Deutschland ist der Wachstumsvorsprung von zuvor (seit der Ostöffnung) 0,7 Prozentpunkten auf 0,2 Prozentpunkte seit der EU-Erweiterung 2004 geschmolzen (Vgl. auch Breuss, 2006).

Die Ostöffnung hat den alten EU-Mitgliedstaaten, vor allem Österreich, neue Märkte und damit Wirtschaftswachstum gleich zu Beginn beschert. Die Volkswirtschaften der neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa erlitten aber zu Beginn der Ostöffnung eine veritable Transformationskrise mit einem Einbruch in der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung von rund 10% (siehe Abbildung 11). Für die alten Industriestaaten bedeutet die im Zuge der GFC 2008/09 ausgelöste Wirtschaftskrise eine der tiefsten Rezessionen („Große Rezession“ 2009) seit der großen Depression von 1929. Für die neuen EU-Mitgliedstaaten, die zwar auch

in den Taumel der Rezession geraten sind, war die Krise von 2009 aber eher ein déjà-vue von 1990/91.

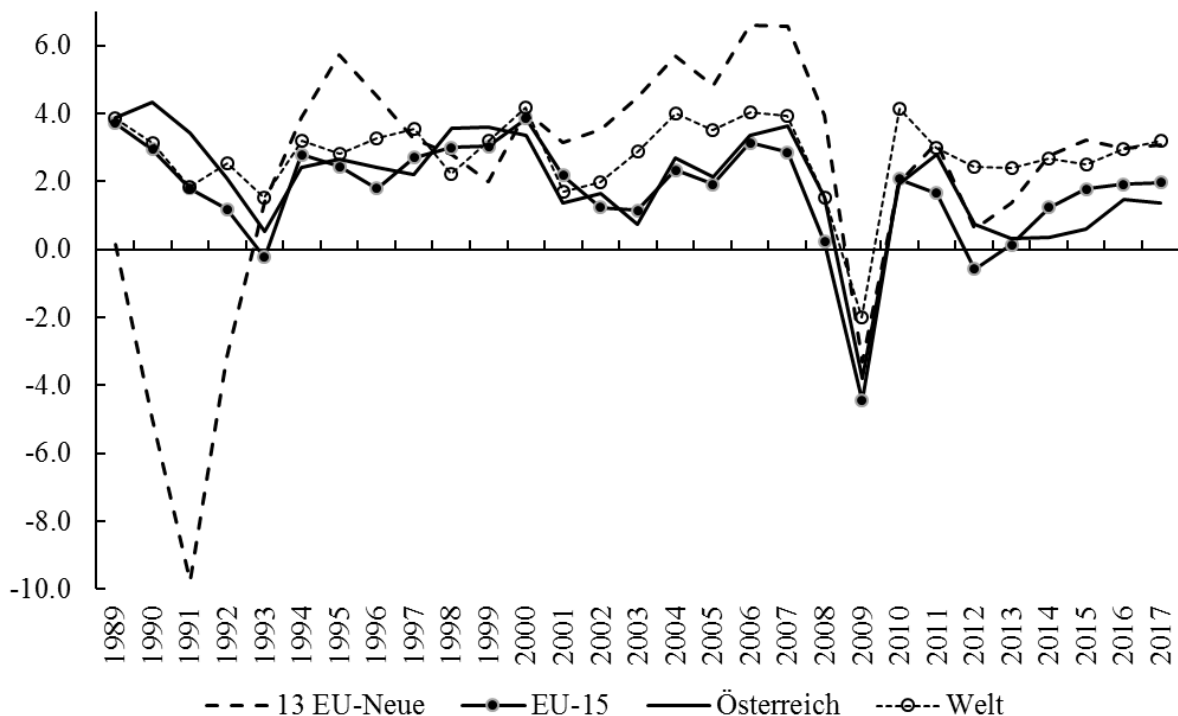
Tabelle 5: Wachstum des realen BIP in unterschiedlichen Integrationsphasen

	BIP-Wachstum (%)			
	27 Jahre Ostöffnung (1989-2015)	21 Jahre EU-Beitritt (1995-2015)	17 Jahre WWU- Mitglied (1999-2015)	12 Jahre EU- Erweiterung (2004-2015)
Österreich	2.0	1.8	1.6	1.3
13 EU-Neue	2.2	3.4	3.2	3.1
EU-28	-	1.7	1.5	1.1
EU-15	1.8	1.6	1.4	1.0
Deutschland ¹⁾	1.3	1.3	1.3	1.3
Schweiz	1.7	1.8	1.9	2.0
USA	2.5	2.4	2.1	1.8

¹⁾ Deutschland: 1991-2015.

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der AMECO-Datenbank (Europäischen Kommission).

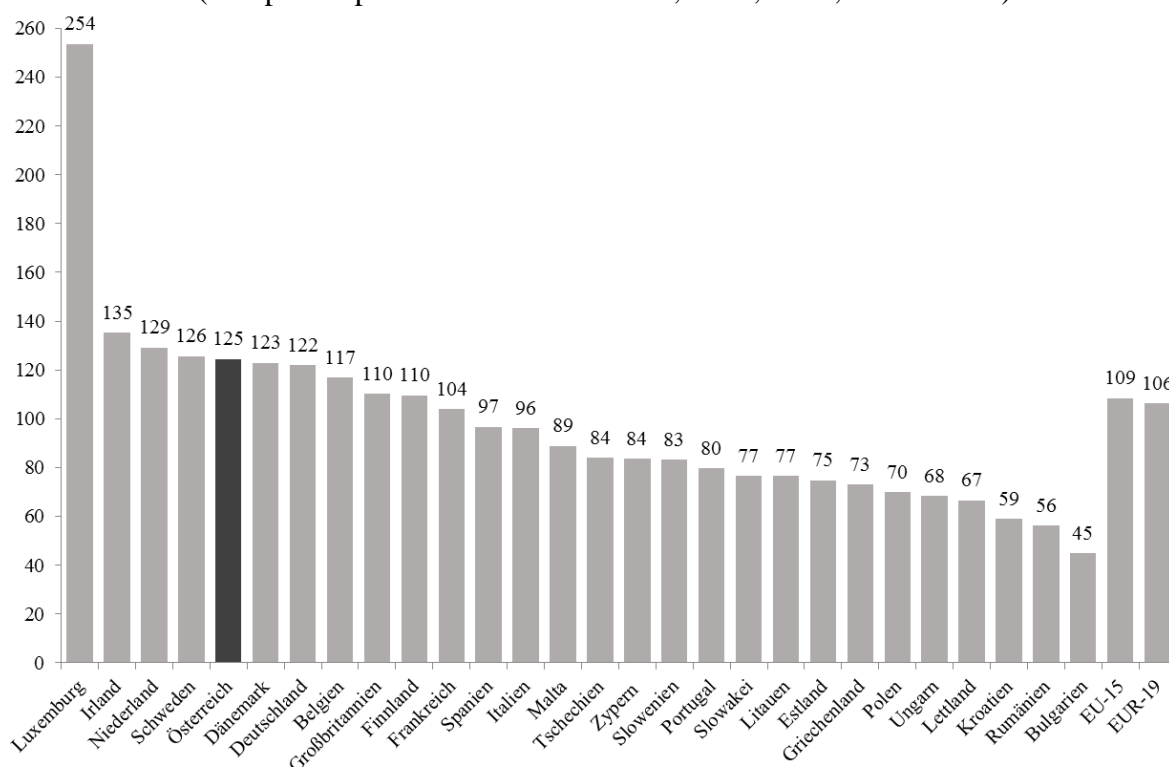
Abbildung 11: Wirtschaftswachstum in Ost und West seit 1989
(BIP, real, %-Veränderung gegen das Vorjahr)



Quellen: AMECO Datenbank der Europäische Kommission und IMF.

Die EU hat nach der Ostöffnung 1989 und insbesondere durch die großen Erweiterungen ab 2004 politisch Europa vereinigt, ökonomisch – gemessen am Wohlstand (BIP pro Kopf) ist sie dadurch gesplattener aus zuvor.

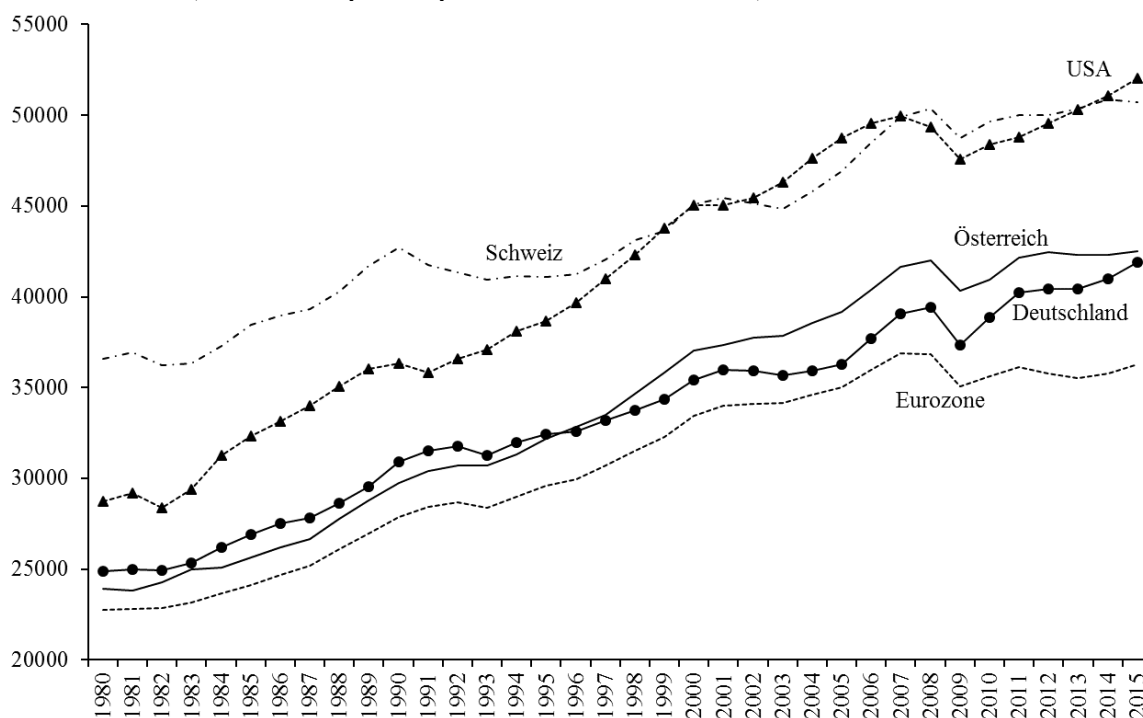
Abbildung 12: Entwicklungsniveaus der erweiterten EU – eine Union von Arm und Reich
(BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, KKS, 2015; EU-28=100)



Im Vergleich dazu Norwegen 185, Schweiz 161, USA 153, Island 119, Japan 102.

Quelle: Europäische Kommission, European Economy 1/2015.

Abbildung 13: Entwicklung des Wohlfahrtsniveaus durch EU-Integration
(Reales BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards)



Quelle: Oxford Economics

Derzeit gibt es ein starkes Einkommensgefälle von alten (reichen) EU-Mitgliedstaaten und den neuen, armen Mitgliedstaaten in Osteuropa (siehe Abbildung 12).

Für Österreich hat sich die Ostöffnung, der EU-Beitritt und die EU-Erweiterung aber durch die Steigerung der Wirtschaftsdynamik auch in einem steileren Anstieg des Wohlstandes (Entwicklung des BIP pro Kopf) niedergeschlagen (siehe Abbildung 13).

Tabelle 6: Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft: 1995-2014

	Produktion		Wertschöpfung	
	Sektor-Anteile in % 2014	Änderung in %-Punkten 1995-2014	Sektor-Anteile in % 2014	Änderung in %-Punkten 1995-2014
ÖNACE-Sektoren				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2.00	-1.01	2.06	-0.71
Herstellung von Waren	28.46	0.12	20.26	0.80
Energieversorgung	4.60	0.26	3.00	-0.87
Bau	7.78	-1.07	7.02	-1.05
Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	10.16	-1.54	13.30	0.27
Verkehr	5.41	0.76	6.15	0.60
Beherbergung und Gastronomie	3.97	0.13	5.67	1.70
Information und Kommunikation	3.58	0.75	3.64	0.25
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	4.44	-0.66	5.06	-0.60
Grundstücks- und Wohnungswesen	7.16	0.97	1.09	-6.42
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5.17	1.69	5.80	2.42
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	3.25	1.13	4.69	2.21
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3.80	-1.09	5.68	-0.72
Erziehung und Unterricht	3.20	-0.40	5.95	0.24
Gesundheits- und Sozialwesen	4.91	0.23	7.50	1.55
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0.93	0.06	1.40	0.38
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.17	-0.30	1.67	0.02
Private Haushalte; Dienstleistungen durch private Haushalte für Eigenleistung	0.03	-0.05	0.06	-0.08
Summe	100.00	0.00	100.00	0.00

Wertschöpfung = Produktion - Vorleistungen

Quelle: Statistik Austria: Produktion nach ÖNACE-Abteilungen (Werte, nominell in Mio. EUR)

4.2 Starker Strukturwandel

Durch die starke Ausweitung des Außenhandels mit Osteuropa hat sich auch die Produktionsstruktur im Inland gewandelt. Dabei überlagern sich natürlich die Effekte durch die äußeren politischen und ökonomischen Änderungen infolge der Ostöffnung 1989, des EU-Beitritts 1995, die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 1999 mit der Übernahme des Euro (2002) und durch die anschließenden großen EU-Erweiterungen ab 2004.

Insgesamt sieht man eine deutliche Verschiebung der Wirtschaftsstruktur vom Primärsektor (Land und Forstwirtschaft) zum Sekundärsektor (Herstellung von Waren – Industrie) und

letztlich dem Tertiärsektor (Dienstleistungen). Das zeigt sich sowohl in der Verschiebung der Anteile an der Produktion als auch an der Wertschöpfung (siehe Tabelle 6).

5. Die Folgen für die weitere EU-Integration Österreichs

Das historische Ereignis der Ostöffnung hat Europa grundlegend verändert. Der Zusammenbruch des Kommunismus 1989, der Fall der Berliner Mauer und die deutsche Wiedervereinigung 1990 haben den Osten für den Westen „geöffnet“. Die EU hat relativ rasch die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) mit Europaabkommen an sich gebunden und ihnen eine Beitrittsperspektive eröffnet. Gleichzeitig ist die Vertiefung der EU-Integration vorangeschritten, 1993 durch die Schaffung des Binnenmarktes und 1999 durch die Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Mit der Aufnahme von 10 neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2004 sowie Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 und dem Beitritt Kroatiens im Juli 2013 ist der vorläufige Erweiterungsprozess der EU zum Stillstand gekommen. Laut Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident seit 2014 wird es bis auf weiteres keine Erweiterung der EU-28 geben⁶.

5.1 Große Erwartungen

Die Erwartungen – wie immer am Beginn eines neuen Integrationsschrittes – sind in der Regel immer sehr hoch. Eine wirtschaftliche Integration wird mit neuen Chancen auf mehr Außenhandel und Produktivitätssteigerung und somit Zuwächse in der Wirtschaftsleistung und Beschäftigung verbunden. Frühe Bewertungen der Ostöffnung 1989 (Vgl. Breuss und Schebeck (1998A, 1998B) kommen mittels Modellberechnungen zum Schluss, dass dadurch das reale BIP in Österreich im Durchschnitt pro Jahr um ½ Prozentpunkte gesteigert werden könnte. Dadurch sollten rund 77.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden⁷.

5.2 Was hat die Europaintegration Österreichs seit 1989 gebracht?

Nachträglich betrachtet erhält man ein realistischeres Bild von den Auswirkungen der Ostöffnung und den folgenden Integrationsschritten auf Österreichs Wirtschaft. Österreich ist als kleine Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und

⁶ Neben der reinen Erweiterungspolitik verfolgt die EU mit ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eine Politik der Einbindung aller Nachbarstaaten im Süden (Nordafrika), im Nahen Osten (Israel, Libanon, Palästinensische Behörde, Syrien) und in Osteuropa (Ukraine, Weißrussland) in einen „Ring of Friends“. Mit Russland gibt es Sonderbeziehungen in Form eines Partnerschaftsabkommens, die allerdings seit der Annexion der Krim gestört sind. Seit 2014 hat die EU Sanktionen gegen Russland verhängt (siehe die ENP-Webseite der Europäischen Kommission: <http://eeas.europa.eu/enp/>; vgl. auch Breuss, 2007B).

⁷ Für eine spezielle Evaluierung der Vor- und Nachteile der EU-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien, siehe Breuss (2010A).

sonstige Schranken abhängig als große Länder. Die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt erheblich profitiert.

Tabelle 7: Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrationsschritten seit 1989

	Reales BIP		VPI (Inflation)	Beschäftigung gesamt		Arbeitslosen- quote	Arbeitslosen- Anzahl	Leistungs- beilanz	Budget- saldo
	in %	Mrd. EUR 2005 Preise	in %	in %	in 1.000	in %- Punkten	in 1.000	in % des BIP	
<i>Ostöffnung 1989</i>									
1989-2015									
kumuliert	4.72	12.73	0.40	2.02	84.91	-0.52	-20.11	2.10	0.25
pro Jahr	0.18	0.49	0.02	0.08	3.27	-0.02	-0.77	0.08	0.01
<i>EU-Mitgliedschaft 1995</i>									
1995-2015									
kumuliert	12.72	31.84	-5.07	6.06	244.7	-1.36	-49.41	-10.5	0.56
pro Jahr	0.58	1.59	-0.25	0.30	12.23	-0.07	-2.47	-0.53	0.03
<i>WWU-Teilnahme 1999</i>									
1999-2015									
kumuliert	9.30	24.00	0.80	3.86	159.18	-1.00	-38.05	-4.06	0.55
pro Jahr	0.53	1.50	0.05	0.24	9.95	-0.06	-2.38	-0.25	0.03
<i>EU-Erweiterung 2004 und 2007</i>									
2004-2015									
kumuliert	2.44	6.71	-0.02	1.07	45.49	-0.17	-5.53	0.02	0.31
pro Jahr	0.20	0.61	0.00	0.10	4.14	-0.02	-0.50	0.00	0.03
<i>Integrationseffekte insgesamt seit 1989 (alle Integrationsschritte)</i>									
1989-2015									
kumuliert	28.55	62.65	-4.45	12.64	480.43	-2.70	-92.70	-10.23	1.44
pro Jahr	0.94	2.41	-0.17	0.49	18.48	-0.10	-3.57	-0.39	0.06

Quelle: Breuss (2014A).

Kasten 2: Eingeschränkte Freizügigkeit anlässlich der EU-Erweiterung ab 2004

Immigration kurz nach 1989

Nach der Ostöffnung erlebte Österreich – vor allem ausgelöst durch den Zerfall Jugoslawiens - einen massiven Zustrom an Migranten und Arbeitskräften. In der Phase 1989-1992 betrug der kurzfristige Zustrom an ausländischen Arbeitskräften rund 100.000 Personen. Nach Modellberechnungen von Breuss und Schebeck (1996; vgl. auch Breuss, 2003, S. 166-167) lukrierte Österreich dadurch einen „Immigration surplus“ in Form eines kumulierten Anstiegs

des realen BIP von 0,2 Prozentpunkte innerhalb von fünf Jahren⁸. Einschränkung der Freizügigkeit 2004 und 2007

Anlässlich der EU-Erweiterung 2004 wurde – hauptsächlich seitens Deutschlands und Österreichs – eine 7-jährige Übergangsregelung (Ausnahme von der Freizügigkeit der Arbeitskräfte) im Beitrittsvertrag ausgehandelt. Die Übergangsregelung wurde nach der 2+3+2 Regel gestaltet. Während der ersten Phase 2004-2006 liberalisierten drei alte EU-Mitgliedstaaten (Großbritannien, Irland und Schweden) sofort den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten. Die meisten anderen EU-Staaten öffneten ihre Arbeitsmärkte nach der zweiten Phase (2006-2009). In der dritten Phase (2009-2011) haben nur noch Deutschland und Österreich die Arbeitsmärkte für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten geschlossen⁹. Allerdings hat Österreich sektoral den Arbeitsmarkt geöffnet, vor allem für die dringend gesuchten Facharbeitskräfte.

Auch anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens 2007 wurde der Zugang zu den Arbeitsmärkten in die anderen Mitgliedstaaten nach der 2+3+2 Regel bis 2013 (in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich) beschränkt¹⁰. Am 8. Juni 2009 hat die Europäische Kommission die Verlängerung der Übergangsregelungen für den österreichischen Arbeitsmarkt bis 30. April 2011 akzeptiert. Am 1. Mai 2011 endete für die 2004 zur Europäischen Union beigetretenen Staaten Osteuropas (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien; für Malta und Zypern war der Arbeitsmarkt sofort geöffnet worden) die siebenjährige Übergangsfrist zur Beschäftigungsbewilligung (Ausnahme von der Arbeitnehmerfreizügigkeit). Für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien endete diese Übergangsregelung am 31. Dezember 2013.

Entgangenes Wachstumspotential

Die Fortdauer der Beschränkung einer der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (die Freizügigkeit der Arbeitskräfte) ist zwar politisch (zur Besänftigung der inländischen Bevölkerung) verständlich, ökonomisch aber nicht unbedingt ein Vorteil. Nach allen theoretischen Überlegungen (Vgl. Borjas, 1995) und Modellberechnungen (Breuss und Schebeck, 1996; Breuss, 2002) verzichtete Österreich dadurch auf den sogenannten „Immigrations surplus“ (Borjas, 1995), der dadurch entsteht, dass durch billigere Arbeitskräfte kostengünstiger produziert und über gewonnene internationale

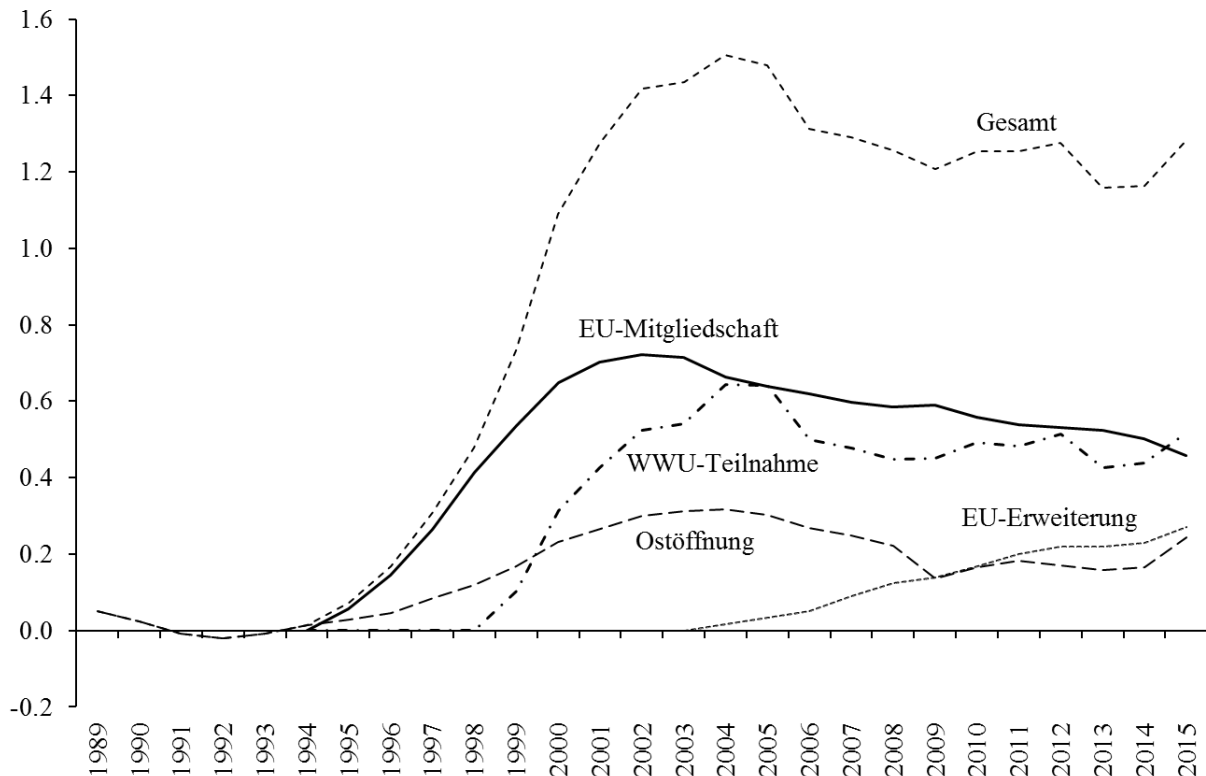
⁸ Diese ökonomische Bewertung könnte auch als Anhaltspunkt für die möglichen Größenordnungen der wirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Migrationswelle (aus dem Nahen Osten) in Österreich seit 2015 (pro Jahr rund 90000 Personen) dienen.

⁹ Siehe die Details der Regelungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten nach der Erweiterung 2004 auf der Webseite der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=507&langId=de>

¹⁰ Siehe die Details der Regelungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten nach der Erweiterung 2007 auf der Webseite der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=508&langId=de>

Wettbewerbsfähigkeit ein höheres BIP erzielt werden kann. Auch die Europäische Kommission (siehe D'Auria, Mc Morrow und Pichelmann, 2008) kommt zum Schluss, dass jene Länder, die ihre Arbeitsmärkte sofort nach der EU-Erweiterung geöffnet hatten auch einen höheren BIP-Zuwachs erzielten.

Abbildung 14: Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrationsschritten seit 1989 (Reale BIP-Steigerungen pro Jahr in %)



Quelle: Breuss (2014A).

In der vorliegenden Berechnung (Vgl. Breuss, 2012 und 2014A) wurden die Effekte der einzelnen Integrationsschritte mit einem einheitlichen Integrationsmodell separat berechnet und auch eine Gesamtbewertung unter Einbeziehung aller erfassten Integrationsimpulse simuliert. Insgesamt bewirkten die Integrationsschritte in Österreich seit 1989, dass das reale BIP pro Jahr zusätzlich um $\frac{1}{2}$ bis zu 1,0 Prozentpunkt angestiegen ist und dass rund 18.500 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden konnten (siehe Tabelle 7). Die Arbeitslosenquote sank jährlich um 0,7 Prozentpunkte, die Inflationsrate um 0,1 Prozentpunkte. Der gesamte Integrationsprozess trug zu einer leichten Verschlechterung der Leistungsbilanz bei, die vor allem auf die EU-Mitgliedschaft und die WWU-Teilnahme zurückgeht. Die Ostöffnung setzte hier positive Impulse. Ostöffnung und EU-Erweiterung vergrößern die Chancen und Möglichkeiten Österreichs, an der Globalisierung (in Osteuropa

an der "Mini-Globalisierung") aktiv teilzunehmen. Die Integrationseffekte (BIP- und Beschäftigungswachstum) der einzelnen Integrationsschritte seit 1989 sind in Tabelle 7 zusammengestellt.

Der Verlauf der simulierten Integrationseffekte der österreichischen Integration in die EU zeigt, dass jeweils zu Beginn des Integrationsschritts (EU-Mitgliedschaft 1995, WWU-Teilnahme 1999; EU-Erweiterung 2004 und 2007) die Wachstumseffekte ansteigen und in der Folge abklingen (siehe Abbildung 14). Lediglich im Falle der Ostöffnung gibt es einen relativ konstanten Impuls auf das österreichische Wirtschaftswachstum von rund 0,2 Prozentpunkten pro Jahr. Insbesondere nach den Krisen („Große Rezession“ 2009 und Euro-Krise 2010) haben sich die Wachstumsimpulse der Mitgliedschaft Österreichs in der EU und WWU merklich abgekühlt, d.h. es gibt „abnehmende Grenzerträge der Integration“.

6. Schlussfolgerungen

Einer der wirtschaftlichen Haupteffekte der Ostöffnung war die Eröffnung eines zusätzlichen Außenhandelsraumes. Über vermehrte Exporte und Direktinvestitionen in Osteuropa konnten Österreichs Unternehmen stärker als bisher an der Globalisierung, speziell der „Mini-Globalisierung“ in Osteuropa teilnehmen. Dadurch hat Österreich insgesamt von der Ostöffnung wirtschaftlich profitiert. Verbunden mit dem gestiegenen Wirtschaftswachstum war auch eine Beschleunigung der Beschäftigung. Die Abfolge von Schritten der Europaintegration – beginnend mit der Ostöffnung 1989, dem EU-Beitritt 1995 und der WWU-Teilnahme sowie den großen EU-Erweiterungen ab 2004 wirkten auf die österreichische Volkswirtschaft wie ein Wachstums-Turbo. Alle Integrationsschritte zusammen haben dazu beigetragen, dass das Wachstum der österreichischen Wirtschaft pro Jahr um ½% bis 1% höher ausgefallen ist als ohne diese politischen Umwälzungen. Der "Wachstumsbonus" Österreichs durch die EU-Integration hat sich allerdings seit der Großen Rezession 2009 merklich verlangsamt.

Die Ostöffnung, verbunden mit dem Jahr 1989 hat als Erfolgsgeschichte mit großen Erwartungen – auch mit jener des Endes der Geschichte (Fukuyama, 1992) – begonnen. Zwischenzeitlich ist Ernüchterung eingetreten und die Geschichte ist wieder da (Joffe, 2015). Mit dem Fall der Berliner Mauer sei laut Fukuyama die letzte totalitäre Ideologie des 20. Jahrhunderts dahingeshieden. Die Zukunft gehöre nun der Demokratie und Marktwirtschaft. Keine Ideologie, keine Konflikte, keine Kriege mehr. Durch das Erstarken Russlands (Ukraine-Krise) ist diese Hoffnung schlagartig zerstört worden. Statt Kooperation gibt es wieder Konfrontation zwischen der EU und Russland (Stichwort Sanktionen), die die

Erfolgsgeschichte der Grenzöffnung 1989 auch für Österreich nicht spurlos vorübergehen wird. Aber auch innerhalb der EU gibt es seit 2015 Spaltungstendenzen im Zusammenhang mit der großen Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten (z.B. Syrien). Die mangelnde Bereitschaft in den neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa, bei der Aufteilung der Flüchtlinge Solidarität zu zeigen, bedroht den Zusammenhalt der EU.

7. Literatur

- Borjas, George, J. (1995), The Economic Benefits from Migration, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 9, No. 2, Spring 1995, S. 3-22.
- Breuss, Fritz (1996), Austria's Approach towards the European Union, IEF Working Paper Nr. 18, April 1996.
- Breuss, Fritz (2002), Benefits and Dangers of EU Enlargement, *Empirica*, Vol. 29, No. 3, 2002, S. 245-274.
- Breuss, Fritz (2003), Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration, Peter-Lang-Verlag: Frankfurt am Main, 2003.
- Breuss, Fritz (2005), EU-Osterweiterung: Ein Wachstumsimpuls für den gesamten Wirtschaftsraum?, in: R. Caesar, K. Lammers und H.-E. Scharrer (Hrsg.), *Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt? – Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie*, Nomos-Verlag: Baden-Baden, 2005, S. 137-163.
- Breuss, Fritz (2006), Warum wächst die Wirtschaft in Österreich rascher als in Deutschland?, *WIFO Working Papers*, Nr. 280, Oktober 2006.
- Breuss, Fritz (2007A), Globalization, EU Enlargement and Income Distribution, *International Journal of Public Policy (IJPP)*, Vol. 6, Issue ½, 2010, pp. 16-34.
- Breuss, Fritz (2007B), Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU, *WIFO-Monatsberichte*, 2007, 80(8), S. 641-660.
- Breuss, Fritz (2007C), Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung, *WIFO-Monatsberichte* 2007, 80(12), S. 933-950.
- Breuss, Fritz (2007D), Österreich und Schweiz – Ökonomische Erfahrungen mit und ohne Mitgliedschaft in der Europäischen Union, in: Breuss, F., Cottier, Th., und Müller-Graff, P.-Ch. (Hrsg.), *Die Schweiz im europäischen Integrationsprozess*, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 61, Nomos-Verlag und Helbing-Lichtenhahn-Verlag: Baden-Baden und Basel, 2007, S. 63-110.
- Breuss, Fritz (2008), Die Lissabon-Strategie – Post 2010: Wie soll es weitergehen?, in: *Die Zukunft der Wirtschaftspolitik der EU: Beiträge zum Diskussionsprozess „Lissabon Post 2010“*, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Wien, Oktober 2008, S. 127-173.
- Breuss, Fritz (2010A), An Evaluation of the EU's Fifth Enlargement: With Special Focus on Bulgaria and Romania, in: F. Keereman and I. Szekeley (Eds.), *Five years of an Enlarged EU – A Positive Sum Game*, Berlin, Heidelberg, 2010, pp. 221-248.
- Breuss, Fritz (2010B), Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, in: D. Stiefel (Hrsg.), *Der „Ostfaktor“ – Österreichs Wirtschaft und die Ostöffnung 1989 bis 2009*, Schumpeter Gesellschaft, Böhlau-Verlag: Wien-Köln-Weimar, 2010, S. 115-157.
- Breuss, Fritz (2012), EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Evaluierung in Zeiten der Krise, *WIFO-Studie*, Oktober 2012.
- Breuss, Fritz (2014A), A Prototype Model of European Integration: The Case of Austria, *WIFO Working Papers*, Nr. 465, March 2014.
- Breuss, Fritz (2014B), Auswirkungen der Ostöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft, in: Andrea Brait und Michael Gehler (Hrsg.): *Grenzöffnung 1989: Innen- und*

- Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*, Böhlau Verlag: Wien, Köln, Weimar, 2014, 67-108.
- Breuss, Fritz, Schebeck, Fritz (1996), Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Ökonomische Auswirkungen auf Österreich, WIFO-Monatsberichte, 2/1996, S. 139-151.
- Breuss, Fritz, Schebeck, Fritz (1998A), Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Eine Neubewertung der ökonomischen Auswirkungen auf Österreich nach der Agenda 2000, in: Palme, G., Schremmer, Ch. (Koordination), Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL, Studie des WIFO und des ÖIR im Auftrag der ÖROK, Wien, 1998, S. 23-42.
- Breuss, Fritz, Schebeck, Fritz (1998B), Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich, WIFO-Monatsberichte, 1998b, 71(11), S. 741-750.
- Christen, Elisabeth, Fritz, Oliver, Huber, Peter, Streicher Gerhard (2014), Makroökonomische Effekte des Handelskonflikts zwischen der EU und Russland, WIFO-Studie, Dezember 2014.
- D'Auria, Francesca, Mc Morrow, Kieran, Pichelmann, Karl (2008), Economic impact of migration flows following the 2004 EU enlargement process: A model based analysis, European Economy, Economic Papers, No. 349, Brussels, November 2008.
- Dell'mour, Rene, Egger, Peter, Gugler, Klaus, Pfaffermayr, Michael, Wolfmayr-Schnitzer, Yvonne (2000), Outsourcing of Austrian Manufacturing to Eastern Countries: Effects on Productivity and the Labor Market, in: Arnd, S., Handler, H., Salvatore, D. (Eds.), Eastern Enlargement: The Sooner, the Better?, European Academy of Excellence, Austrian Ministry for Economic Affairs and Labour, Economic Policy Section, Conference held in Vienna, 16 and 17 June 2000, Vienna, July 2000, 249-296.
- EBRD (2012A), Vienna Initiative - moving to a new phase, European Bank for Reconstruction and Development, London, 2012.
- EBRD (2012B), European Banking Coordination "Vienna Initiative, Working Group on NPLs in Central, Eastern and Southeastern Europe, EBRD, EIB, World Bank, IMF, ECB, European Commission, 2012.
- EU (1993), Europäischer Rat Kopenhagen: Schlussfolgerungen des Vorsitizes, Kopenhagen, 21.-22. Juni 1993.
- EU (2010), Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Mitteilung der Kommission, Brüssel, 3. März 2010.
- Eurobarometer (2006), Die Zukunft Europas, Eurobarometer Spezial 251, Brüssel, Mai 2006.
- Falk, Martin, Wolfmayr, Yvonne (2008), The Impact of Outward FDI in Central and Eastern Europe on Employment in the EU-15 Countries, FIW Research Report N° 016, June 2008.
- Fukuyama, Francis (1992), The End of History and the Last Man, Free Press, Washington, D.C. 1992.
- Gehler, Michael (2002), Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, Studien Verlag: Innsbruck 2002 (2 Bände: Band 1: Darstellung; Band 2: Dokumente).
- Hunya, Gábor, Schwarzhappel Monika (2015), wiiw FDI Report Central, East and Southeast Europe 2015: Recovery in the NMS, Decline in the CIS, Wien, June 2015.
- Joffe, Josef (2015), Die Geschichte ist wieder da: Dem Westen steht der Kampf gegen die bösen Geister der Vergangenheit bevor – er wird weder kurz noch schmerzfrei sein, Neue Zürcher Zeitung, 2. Dezember 2015, S. 39.
- Keppel, Catherine, Sieber, Susanne (2008), Grenzüberschreitende Direktinvestitionen in und aus Österreich, in: FIW, Österreichs Außenwirtschaft 2008, Herausgegeben vom Kompetenzzentrum Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft (FIW), Wien, Dezember 2008, S. 135-153.
- Koller, Wolfgang, Stehrer, Robert (2008), Outsourcing and Employment: A Decomposition Approach, FIW Research Report N° 018, June 2008.
- Leoni, Thomas, Hölzl, Werner (2015), Lohnstückkostenposition der Warenherstellung 2014 neuerlich leicht verschlechtert, WIFO-Monatsberichte 9/2015, S. 707-718.

- Los, Bart, Timmer, Marcel P., de Vries, Gaaitzen J. (2015), How Global are Global Value Chains? A New Approach to Measure International Fragmentation, *Journal of Regional Science*, Vol. 55, No. 1, 2015, 66-92.
- Nitsche, Wolfgang (2010), The Vienna Initiative/European Bank Coordination Initiative: Assessment and Outlook, BMF, Working Paper, Wien 2010, (4/2010).
- OECD (2015), Measuring Trade in Value Added: An OECD-WTO joint initiative: <http://www.oecd.org/sti/ind/measuringtradeinvalue-addedanoecd-wtojointinitiative.htm>
- ÖGfE (2012), Würden Sie einen EU-Beitritt von ... begrüßen, ablehnen oder ist es Ihnen egal?, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien, Oktober 2012.
- OeNB (2008), Direktinvestitionen 2006: Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Stand per Ende 2006, Statistiken, Sonderheft, Oesterreichische Nationalbank, Wien, Dezember 2008.
- OeNB (2015A), Fakten zu Österreich und seinen Banken, Wien, Oktober 2015.
- OeNB (2015B), Direktinvestitionen 2013: Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Stand per Ende 2013, Statistiken, Sonderheft, Oesterreichische Nationalbank, Wien, Dezember 2015.
- Onaran, Özlem (2008), The Effects of Globalization on Employment, Wages and the Wage Share in Austria, Study commissioned by the Chamber of Labour of Vienna, March 2008 (Zusammenfassung der Ergebnisse: AK-Wien: http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d50/MuG_100.pdf)
- Pointner, Wolfgang (2009), The Distributional Effects of Trade on Austrian Wages, Focus on European Economic Integration, OeNB, Q1/2009, S. 36-56.
- Reinstaller, Andreas und Sieber, Susanne (2012), Veränderung der Exportstruktur in Österreich und der EU, WIFO-Monatsberichte, 8/2012, S. 657-668.
- Wolfmayr, Yvonne (2004), Österreichs Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern, WIFO-Monatsberichte, 4/2004, S. 231-249.